Nr. 304 Montag, den 30. Dezember 1918 32. Jahrgang.

Paderborner Anzeiger

Amtliches Kreisblatt :: Anzeiger für Neuhaus und Delbrück

Der Paderborner Anzeiger erscheint an allen Werktagen. — Bezugspreis monatlich bei der Gans 65 Pfg., bei der Post abgeholt 60 Pfg., durch den Briefträger 60 Pfg. — Im Paderborner Anzeiger werden alle amtlichen Bekanntmachungen des Königlichen Landratsamtes sowie des Paderborner Magistrats veröffentlicht.

Redaktion Bahnhofstraße 13 — Fernruf 313

Paderborner Zeitung
Volks-Zeitung
für das Paderborner Land

Wöchentliche Gratis-Beilage „Sterne und Blumen"

Organ des Landwirtschaftl. Kreisvereins
Publikations-Organ vieler Behörden

Anzeigenpreise: Aus dem Kreise Paderborn für den einspaltigen 2,4 mm hohen Raum 15 Pfg., auswärtige 20 Pfg. Im Reklameteil 75 Pfg. Bei Wiederholungen Rabattgewährung nach besonderem Tarif, die bei Zwangsbeitreibung indes erlischt. Beilagengebühr 6 Mark das Tausend ausschl. Postgebühren.

Postscheckkonto 14342 Amt Hannover

Die Londoner Trinksprüche. — Hoffmann auf dem Rückzuge.

Austritt der Unabhängigen aus der Regierung.

wtb. **Berlin**, 29. Dez. (Amtlich.) Die Krisis in der Regierung hat sich in der Weise gelöst, welche die Allgemeinheit des deutschen Volkes erwartete. Die „Unabhängigen" sind aus der Regierung ausgeschieden. Der Zentralrat hat auf eine Anfrage der Unabhängigen erklärt, daß Ebert, Landsberg und Scheidemann den Kriegsminister lediglich beauftragten, das Nötige zur Befreiung des Stadtkommandanten Wels zu veranlassen. Auch dieses sei erst geschehen, nachdem den drei Regierungsmitgliedern von dem Führer der Volksmarinedivision telephonisch mitgeteilt worden sei, daß er für das Leben von Wels nicht mehr garantieren könne. Der Zentralrat erklärte ausdrücklich, daß er dieses Vorgehen billige. Trotz dieser Entlastung durch die höchste Instanz haben die Unabhängigen eine Verschuldung der Regierungsmitglieder Ebert, Landsberg und Scheidemann konstruiert und damit ihren Austritt begründet. Unter dem nichtigen Vorwande, einer Beantwortung überhoben zu sein, haben die Unabhängigen auf folgende Fragen des Zentralrates die Antwort verweigert:

Sind die Volksbeauftragten bereit, die öffentliche Ruhe und Sicherheit, insbesondere auch das private und öffentliche Eigentum gegen gewaltsame Eingriff zu schützen?

Sind sie mit den ihnen zu Gebote stehenden Mitteln auch bereit, ihre eigene Arbeitsmöglichkeit und die ihrer Organe gegen Gewalttätigkeiten, ganz gleich von welcher Seite sie erfolgen sollten, zu gewährleisten?

Die Regierung liegt nun allein in den Händen der sozialdemokratischen Mehrheitspartei. Sie wird zu den drei bisherigen Mitgliedern noch weitere delegieren, wobei auch dem Süden Deutschlands eine Vertretung gesichert werden soll. Berlin ist ruhig. Von dem festen Willen der Arbeiter, Bürger und Soldaten der deutschen Volksrepublik wird erwartet, daß sie sich mit ganzer Entschlossenheit hinter die neue Regierung stellen.

wtb. **Berlin**, 29. Dez. Der Zentralrat hat in gemeinsamer Sitzung die Herren Noske, Löbe-Breslau und Wissel an Stelle der ausgeschiedenen Unabhängigen bestimmt. Noske war bei Ausbruch der Revolution Gouverneur in Kiel, Löbe ist Redakteur der Breslauer „Volkswacht" und genießt in Schlesien allgemeinstes Vertrauen, Wissel ist ein hervorragender Sozialpolitiker, der zuletzt den Wahlkreis Niederbarnim den Unabhängigen in überwältigender Mehrheit entriß. Der Austritt der Unabhängigen vollzog sich am Sonntag morgen 1 Uhr mit der Verlesung ihrer Erklärung durch Dittmann. Nach ihm ergriff Haase nochmals das Wort und führte aus, er möchte dem aufrichtigen Wunsche Ausdruck geben, daß nach dem Ausscheiden der Unabhängigen die Regierung in der Lage sein werde, die Regierungsgeschäfte wirksam weiterzuführen und eine kraftvolle, nach außen und innen geachtete und gesicherte Regierung herzustellen. Daraufhin verließen die drei Unabhängigen die Sitzung.

*

Zum Ausscheiden der „Unabhängigen" aus der Regierung.

wtb. **Berlin**, 29. Dez. Die dem Zentralrat von den Unabhängigen gestern vorgelegten Fragen lauten, wie die „Freiheit" meldet: 1. Billigt der Zentralrat, daß die Kabinettsmitglieder Ebert, Scheidemann und Landsberg in der Nacht vom 23. zum 24. Dezember dem Kriegsminister den in keiner Weise begründeten Auftrag erteilten, sofort mit Gewalt gegen die Volksmarinedivision im Schloß und Marstall vorzurücken? 2. Billigt der Zentralrat, daß am Morgen des 24. Dezember von den Truppen des Generalkommandos Lequis nach einem nur mit 10 Minuten befristeten Ultimatum die Artilleriebeschießung von Schloß und Marstall einsetzte? 3. Erklärt sich der Zentralrat für sofortige Durchführung der vom Kongreß der A.- und S.-Räte gefaßten Beschlüsse über die Abschaffung der Rangabzeichen und das Untersagen des Waffentragens außerhalb des Dienstes für die Offiziere im Heimatheer? 4. Billigt der Zentralrat, daß die Oberste Heeresleitung in einem vertraulichen Telegramm an die Heeresgruppe Ober-Ost erklärt, sie erkenne die Beschlüsse der A.- und S.-Räte nicht an? 5. Billigt der Zentralrat die von den Kabinettsmitgliedern Ebert, Scheidemann und Landsberg befürwortete Verlegung der Reichsregierung von Berlin nach Weimar oder einem anderen Orte Mitteldeutschlands? 6. Billigt der Zentralrat, daß statt der folgenden Demobilmachung des stehenden Heeres nur eine Reduzierung auf Friedensstärke unter Zurückhaltung und Auffüllung der beiden Jahresklassen 97 und 98 stattfindet? 7. Steht der Zentralrat mit uns auf dem Standpunkt, daß die Regierung der sozialistischen Republik sich militärisch nicht stützen kann und darf auf die Generalität und Reste des auf dem Kadavergehorsam aufgebauten alten Heeres, sondern auf eine nach demokratischen Grundsätzen aus Freiwilligen zu bildende Volkswehr? 8. Ist der Zentralrat dafür, daß die Sozialisierung der dazu reifen Industrien durch gesetzgeberische Akte sofort in Angriff genommen wird?

Nach ihrem Weggange berät der Zentralrat mit den drei Mehrheitssozialisten über die nächsten Schritte, vor allem darüber, wie zur Neuwahl heranzuziehen sei. Nach 1 Uhr gingen die Versammelten auseinander in der gemeinsamen Ueberzeugung, daß die Beendigung der Regierungskrise endlich Handlungsfreiheit und damit die einzige Möglichkeit gebracht hat, um die ungeheure Verantwortung vor dem deutschen Volke und der Partei zu tragen.

Die Londoner Trinksprüche.

Wilson für Recht und Gerechtigkeit.

London, 28. Dezember.

Bei dem feierlichen Empfang durch den König von England hielt Präsident Wilson in Erwiderung der Begrüßung durch den König eine Rede, die einige bemerkenswerte Punkte aufweist. So sagte er u. a.:

„Wir haben alle große Worte ausgesprochen. Wir haben die großen Worte „Recht" und „Gerechtigkeit" ausgesprochen, und jetzt müssen wir zeigen, ob wir diese Worte verstehen oder nicht, und wie sie im Einzelnen auf die Abmachungen anzuwenden sind, die diesen Krieg abschließen müssen. Wir müssen sie nicht nur verstehen, sondern wir müssen auch den Mut haben, nach unserer Ansicht zu handeln. Nachdem ich das Wort „Mut" ausgesprochen habe, drängt sich mir die Überzeugung auf, daß es mehr Mut erfordern würde, der großen moralischen Strömung Widerstand zu leisten, die jetzt durch die Welt geht, als ihr nachzugeben und zu gehorchen. Durch die Herzen der Menschen geht jetzt eine große Strömung. Die Menschen sind sich nie zuvor dessen bewußt gewesen, wie wenig Unterschied zwischen Recht und Gerechtigkeit in den verschiedenen Breitegraden und unter den verschiedenen Staatsgewalten bestand."

In seiner Begrüßung wies der König von England darauf hin, daß ein Plan entworfen werden müsse, durch den die Gefahr künftiger Kriege wenn möglich abgewendet werden könne und der die Nationen von der unerträglichen Last befreie, die die Furcht vor dem Kriege ihnen aufgebürdet habe.

Der Religionsunterricht in den Schulen.

Aufhebung des Hoffmannschen Erlasses.

Berlin, 28. Dezember. (Amtlich.)

Mit Rücksicht auf die lebhaften Bedenken, die vielfach gegen den Erlaß über den Religionsunterricht vom 29. November geltend gemacht worden sind, ordne ich hiermit an, daß seine Durchführung überall dort, wo sie auf ernste Schwierigkeiten stößt, bis zur Entscheidung durch die preußische Nationalversammlung zu unterbleiben hat.

gez. Haenisch.

Ferner beabsichtigt das preußische Kultusministerium vorbehaltlich der Zustimmung der Reichsregierung den jungen Leuten, die 1914, 1915 und bis Ostern 1916 die regelrechte Versetzung nach Unterprima erlangt und bis zum Schluß des Krieges im Heeresdienst gestanden haben oder als Kriegsbeschädigte entlassen worden sind, das Reifezeugnis ohne Ablegung einer weiteren Prüfung auszuhändigen.

Lebensmittelversorgung Deutschlands.

Amerikanische Untersuchungskommissionen.

Bern, 27. Dezember.

Der amerikanische Lebensmittelkontrolleur Hoover hat Wilson einen Bericht über die Lebensmittellage in Deutschland unterbreitet, in dem gesagt wird, **die Lage ist schlecht, aber keineswegs so, wie die Deutschen sie darstellen.** Er befürwortete die Aufrechterhaltung des bereits angekündigten Programms der Vereinigten Staaten, nach dem zunächst die Alliierten, dann die Neutralen und erst **in letzter Linie die feindlichen Staaten** mit Lebensmitteln versorgt werden sollen. Was die feindlichen Staaten betrifft, so werde Deutsch-Österreich von Deutschland versorgt werden müssen.

Von hier aus kommend, trifft demnächst in München eine amerikanische Kommission aus dem Gefolge Wilsons ein, die zunächst in Bayern und dann im übrigen Deutschen Reiche die politische Lage und die Verhältnisse der Lebensmittelversorgung studieren soll.

Liebknechts russische Rezepte!

Terror gegen Bürger und Offiziere.

Berlin, 27. Dezember.

Die russische Zeitung „Sowernaja Kommuna" bringt eine Rede Bucharins auf dem Kongreß der Arbeiterinnen in Petersburg, in der er einen Überblick über die deutsche Revolution gab. Interessant ist hierin folgende Darstellung, die er von der Tätigkeit Liebknechts gibt: Liebknecht und seine bolschewistische Spartakusgruppe hat unsere bolschewistische Taktik angenommen und ging mit uns Hand in Hand. Ich werde den Augenblick nie vergessen, als Liebknecht zu uns in das Gebäude der russischen Botschaft kam. Die Regierung hatte, um Liebknecht die Flügel zu beschneiden und seine unausgesetzte Tätigkeit in den Fabriken usw. lahmzulegen, zu einer List gegriffen und ihm vorgeschlagen, in den Vollzugsrat einzutreten. Liebknecht kam nun ganz furchtbar aufgeregt zu uns und fragte, was er tun solle. Wir beschlossen gemeinsam, daß Liebknecht in die Regierung nur dann eintreten solle, wenn diese folgende von uns aufgestellten Forderungen vertrete: Auseinandertreibung des Reichstags, Terror gegen die Bourgeoisie und die Offiziere, wenn sie gegen uns auftreten würden.

Frauenstimmrecht — eine Pflicht.

Von Else Lüders-Berlin.

Else Lüders ist wie wenige berufen, zu den deutschen Frauen zu sprechen, denn sie steht in der Frauenbewegung seit langen Jahren in vorderster Reihe und wird wohl auch der kommenden Nationalversammlung angehören.

Der italienische Geschichtsforscher Ferrero hat in seinem großen Werk über die Zeit der Cäsaren das Wort geprägt: „Wer nicht selbst in einer Zeit gelebt hat, in der eine alte Welt untergeht und eine andere heraufzieht, dem wird kaum je ein Verständnis für die Tragik alles Lebens aufgehen." Wir haben jetzt diese Tragik in vollem Umfange erfahren müssen. Namentlich manches Frauengemüt, das politischen Erschütterungen noch unerfahrener und ungeschulter gegenübersteht als der Mann, ist wohl ganz aus der Fassung gebracht durch die Ereignisse der letzten Zeit. Und doch darf sich niemand jetzt der Trauer hingeben oder in bitterem Groll beiseite stehen. Deutschland braucht mehr als je die schaffenden, aufbauenden Kräfte aller, braucht mehr als je die liebevolle helfende Frauenhand.

Aber die Frauen müssen es lernen, andere Mittel zu gebrauchen, andere Wege zu gehen als die bisher gewohnten und vertrauten Wege der stillen waltenden Liebe im Hause oder der Wohltätigkeit und der sozialen Arbeit. Die Frauen sollen sich auch bewußt sein, daß ihr Fraueneinfluß im Staat sich nun auch auf andere Weise, durch den Stimmzettel am Wahltag, geltend zu machen hat. Den Frauen ist durch die Revolution das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht zuteil geworden, wie es bisher nur der Mann zu den Reichstagswahlen ausübte. Dieses Recht soll sie als eine heilige, ernste Pflicht auffassen, die sie nach bestem Wissen und Gewissen ausüben muß.

Während in einigen anderen Staaten, vor allem England und Amerika, die Bewegung für das Frauenstimmrecht längst breite Kreise erfaßt hatte, war in Deutschland die organisierte Stimmrechtsbewegung noch verhältnismäßig klein. Die beiden Verbände, die ausdrücklich den Kampf um das Frauenstimmrecht auf ihre Fahne geschrieben hatten (Reichsverband für Frauenstimmrecht, Deutscher Frauenstimmrechtsbund), werden zusammen etwa 12 000 Mitglieder umfassen. Hierzu gesellen sich allerdings die breiten Kreise von Frauen, die innerhalb der beiden sozialdemokratischen Parteien organisiert sind; sie treten Schulter an Schulter mit den männlichen Parteigenossen seit langem für das Frauenstimmrecht ein, getreu dem Parteiprogramm. Auch der große „Bund deutscher Frauenvereine" hatte sich bereits seit 1902 für das Frauenstimmrecht ausgesprochen, doch waren dies mehr platonische Erklärungen geblieben. Die Mehrzahl der dem Bunde angeschlossenen Verbände verhielt sich der Stimmrechtsforderung gegenüber ziemlich teilnahmlos. Andere Frauenorganisationen nahmen einen ablehnenden Standpunkt ein.

Revolutionen fragen nichts nach dem Wollen oder Wünschen einzelner Gruppen. Die Tatsachen sprechen; es ist vergeblich, dem Rad der Zeit in die Speichen fallen zu wollen. Namentlich die Parteileitungen müssen ihre Konsequenzen ziehen. Bisher war nur die Sozialdemokratie offiziell für das Frauenstimmrecht eingetreten. Bei den Liberalen gab es zwar eine Anzahl Freunde der Sache, aber in den Parteiprogrammen der liberalen Gruppen war das Frauenstimmrecht noch nicht enthalten. Ablehnend standen die Rechtsparteien, abwartend verhielt sich das Zentrum. Jetzt aber wird das Schicksal der Parteien vielfach davon abhängen, ob es ihnen gelingt, die Frauenstimmen für sich zu gewinnen.

Seitdem durch das Reichsvereinsgesetz von 1908 den Frauen gestattet worden war, sich zu politischen Vereinen zusammenzuschließen, hat sich neben und außerhalb der Frauenbewegung, die sich parteipolitisch neutral hielt, noch eine andere Bewegung innerhalb der Frauenwelt entwickelt: der Anschluß der Frauen an die politischen Parteien. Am stärksten ist diese parteipolitische Organisation bei der Sozialdemokratie gediehen. Ferner gab es besondere Frauengruppen bei den Konservativen, den Nationalliberalen, der Fortschrittlichen Volkspartei. Aber diese Gruppen sind numerisch doch noch recht schwach. Das Zentrum hatte, von einzelnen örtlichen Ausnahmen abgesehen, die Frauen zwar noch nicht direkt im Parteirahmen organisiert, aber ihm stehen der stattliche Katholische Frauenbund und all seine zahlreichen Organisationen, ferner die weiblichen Mitglieder des Volksvereins für das katholische Deutschland als gegebene Hilfstruppen im Wahlkampf zur Verfügung.

Jetzt, da das Frauenwahlrecht zur Tatsache wird, werden die früheren Auseinandersetzungen für oder Wider hinfällig. Wollen die bürgerlichen Parteien sich behaupten, so müssen sie allerdings danach trachten, den Frauen den Anschluß zu erleichtern. Für seine Überzeugung mit dem Stimmzettel in der Hand eintreten, heißt jetzt Dienst am Vaterlande. Wenn der Volkswille möglichst klar bekundet wird, können alle Kräfte ohne gegenseitige Verbitterung

für den Wiederaufbau Deutschlands nutzbar gemacht werden. Durch das Frauenstimmrecht wird den Frauen ein neuer Weg gezeigt, aber auch eine neue Verantwortung aufgelegt. Frauen, zeigt euch reif für diese neue Pflicht, übt euer Wahlrecht aus, sichert dadurch dem Staatsleben den Einfluß der mütterlichen Natur der Frau!

Wahlbewegung.

Elsaß-Lothringen wählt nicht mit!

Auf unser Ersuchen, die Wahlen im besetzten Gebiete zu ermöglichen, hat Marschall Foch folgendes genehmigt:

1. Die ordnungsmäßigen Verwaltungsbehörden sind befugt, ohne Einschränkung die Berichte zu versenden, die sich auf die Vorbereitungen für die Wahlen und auf die Wahlen selbst beziehen.

2. Preß- und Versammlungsfreiheit werden von den alliierten Armeen gewährt, in einem Maße, das mit der Aufrechterhaltung der Ordnung und einem einwandfreien Verhalten der Bevölkerung gegenüber den alliierten Armeen im Einklang steht.

3. Die Einreise in die besetzten Gebiete oder die Ausreise nach dem Innern Deutschlands kann den Personen gewährt werden, welche im Besitz eines Passiergesuches der ordnungsmäßigen Verwaltungsbehörden sind. Die obigen Anordnungen finden keine Anwendung auf das Gebiet von Elsaß-Lothringen.

Danach zu urteilen, betrachtet Foch Elsaß Lothringen schon als zu Frankreich gehörig, denn seine Anordnungen schließen eine Wahlbeteiligung der Reichslande einfach aus. Über das Schicksal Elsaß-Lothringens ist noch gar nicht entschieden, was die Franzosen keineswegs kümmert. Mit der üblichen großen Geste gehen sie über diese Kleinigkeit hinweg und stellen die Friedenskonferenz vor die vollendete Tatsache. Im übrigen sind auch durch die französischen Militärgouverneure in Elsaß-Lothringen die Wahlen zur deutschen Nationalversammlung verboten worden.

*

— Die Einteilung der Wahlkreise in Preußen ist folgende: Ostpreußen (21 Abgeordnete), Westpreußen (17), Stadt Berlin (21), Reichstagswahlkreise Potsdam 1 bis 9, soweit sie zum Regierungsbezirk Potsdam gehören (15), Reichstagswahlkreis Potsdam 10, soweit er zum Regierungsbezirk Potsdam gehört (13), Regierungsbezirk Frankfurt a. O. (12), Provinz Pommern (17), Provinz Posen (21), Regierungsbezirk Breslau (18), Regierungsbezirk Oppeln (22), Regierungsbezirk Liegnitz (12), Regierungsbezirk Magdeburg (12), Regierungsbezirk Merseburg und Erfurt und Kreis Schmalkalden (19), Provinz Schleswig-Holstein (16), Regierungsbezirk Aurich, Stade, Osnabrück (11), Regierungsbezirke Hannover, Hildesheim, Lüneburg (19), Regierungsbezirke Münster und Minden und Kreis Schaumburg (18), Regierungsbezirk Arnsberg (24), Provinz Hessen-Nassau, ohne Schaumburg und Schmalkalden, aber mit Kreis Wetzlar (22), Regierungsbezirke Köln und Aachen (19), Regierungsbezirke Koblenz und Trier, ohne Wetzlar, und Regierungsbezirk Sigmaringen (18), Reichstagswahlkreise Düsseldorf 1 bis 5 (18), und Reichstagswahlkreise Düsseldorf 6 bis 12 (16), insgesamt 401 Abgeordnete.

*

— Die Deutschnationalen sind kein Gegenrevolutionäre — erklärte der frühere Staatssekretär v. Delbrück in einer Versammlung in Jena. Die Partei treibe Realpolitik und stelle sich auf den Boden der Tatsachen. Wir brauchen keine Gegenrevolution. Denn wenn die Parteien, die jetzt am Ruder sind, so weiterwirtschaften wie bisher, dann wächst uns in einigen Jahren auf verfassungsmäßigem Wege wieder das zu, was die Revolution, als wenn es nichts gewesen wäre, völlig beseitigt hat: die demokratische Monarchie."

*

— Staatssekretär Dr. Helfferich forderte den Zusammenschluß gegen die Sozialdemokratie auf einer in der Deutschen Volkspartei in Stettin gehaltenen Rede, in der er zur Begründung seiner Forderung u. a. sagt: „Wir werden den grauenhaftesten Zusammenbruch erleben, wenn es nicht in letzter Stunde gelingt, den Mächten der Zerstörung Einhalt zu gebieten. Mit den Beständen des Heeres und der Zivilverwaltung wird in unglaublicher Weise gehaust, und wenn es so weitergeht, muß die Zeit kommen, wo im Ausland die Mark keine 10 Pfennig mehr gilt, wo unser Kredit und unsere Kaufkraft im Ausland erledigt sind, wo niemand mehr uns die notwendigsten Nahrungsmittel und Rohstoffe verkaufen wird. Diese Wirtschaft bestiehlt und betrügt genau so den kleinen Mann um sein Sparkassenguthaben, das dann nichts mehr wert ist, wie den reichen Mann um sein Kapital."

*

Die Zentrumskandidaten für Münster—Minden.

Die Wählerlisten

liegen von heute bis einschließlich 6. Januar 1919 zu jedermanns Einsicht offen.

Die Zentrumskandidaturen für den 17. Wahlkreis.

In der Versammlung der neugewählten Vertrauensmänner des Gesamtwahlkreises Minden-Münster, beide Lippe, Grafschaft Schaumburg zu Hamm am 28. Dezember wurde folgende Vorschlagsliste des Zentrums für die Nationalversammlungswahlen am 19. Januar 1919 angenommen: 1. Schiffer, Vorsitzender der christl. Gewerkschaften. 2. Herold-Lövelinckloe, Landesökonomierat. 3. Prälat Professor Dr. Mausbach. 4. Frerker, Bäckermeister. 5. Kreutz, Hilfsladenmeister und Redakteur (Eisenbahnerverband Elberfeld). 6. Koch, Oberpostschaffner. 7. Schilgen, Tertilindustrieller. 8. Dr. Reineke, Syndikus des Westf. Bauernvereins. 9. Frl. Oberlehrerin Müller. Jacobsenerborn, Kolonatsbesitzer. 11. Unterbeamtensekretär. 12. Fuest, Landwirtschaftsschuldirektor. 13. Finkelbei, Schreinermeister.

Verschiedene Meldungen.

— In Bielefeld, dem Wahlkreis 17 haben die Mehrheitssozialisten dem Vorschlag der Unabhängigen auf Verbindung beider Listen zugestimmt.

— In München wurden als Kandidaten der Deutschdemokratischen Partei die bisherigen Abgeordneten Professor Quidde und Hübsch aufgestellt.

— Die Deutsch-demokratische Partei stellte in Marburg Professor Schücking und in Waldeck Naumann als Kandidaten auf.

Wilsons Friedensurkunde.

Der Gerechtigkeitsfriede.

Präsident Wilson erklärte in einer Ansprache an die amerikanischen Soldaten in Chaumont: „Die Aufgabe, die Friedensurkunde vorzulegen, ist Amerika zugefallen, eine Aufgabe, die um so leichter ist, als die beteiligten Völker diese Urkunde angenommen haben. Die ganze Welt weiß jetzt, daß die Völker, die am Kriege teilnahmen, bereit sind, das Werk zu vervollständigen, nicht nur zur Geltendmachung ihres eigenen Interesses, sondern auch zur Schaffung eines auf den dauernden Grundlagen von Recht und Gerechtigkeit gegründeten Friedens. Da der Krieg ein Krieg der Völker war, muß auch der Friede ein Friede der Völker sein."

*

Französische Maskeraden in Straßburg.

Der Empfang Poincarés in Straßburg durch die „jubelnde Bevölkerung" war in Wirklichkeit nur eine zur Täuschung der Außenstehenden geschickt inszenierte Maskerade. Bekanntlich wurde die große Beteiligung von jungen Leuten in elsässischer Tracht als besonderer Beweis für die Zustimmung der Landbevölkerung für den Anschluß an Frankreich erwähnt. Nur sechs Bauerndörfer waren durch Abordnungen in Straßburg vertreten und haben sich dazu auch nur hergegeben, weil sie beim Einzug der französischen Truppen nicht geflaggt hatten und nun Repressalien seitens der französischen Regierung fürchteten. Geld spielte natürlich auch eine Rolle. Jedes Bauernmädchen erhielt 10 Mark den Tag. Im übrigen entstammten die Mädchen in den oft ganz lächerlich unechten Phantasietrachten, die das elsässische Landvolk vorstellen sollten, entweder aus Bürgerkreisen der Stadt Straßburg oder aus Städten Frankreichs. Wie man offen erzählt, sind zu diesem Zweck 500 französische Mädchen aus Frankreich herbeigeholt und kostümiert worden. Und dazu schreibt dann die französische Presse: Da habt ihr die Volksabstimmung schon!

*

Gegen die eigenmächtigen Handlungen der ASR.

Berlin, 28. Dez. Noch immer werden Fälle bekannt, in denen Mitglieder der ASR auf Anrufen eines Beteiligten in zur Zuständigkeit der Gerichte gehörenden Streitfragen, und zwar insbesondere in Mietstreitigkeiten, Verfügungen erlassen, die mit den bestehenden Gesetzen nicht vereinbar sind und unzulässige Eingriffe in die Rechtspflege bedeuten. Es muß erwartet werden, daß auch Einzelfälle der bezeichneten Art völlig verschwinden werden. Andernfalls empfiehlt sich ein schleuniger Bericht des Betroffenen an den Justizminister.

Schutz der Ostgrenze.

Berlin, 28. Dez. Wie offiziös verlautet, sind die Verhandlungen zwischen Deutschland und Litauen zum Abschluß gelangt, und es ist der Beschluß gefaßt worden, die Grenze zu schützen und insbesondere auch das bedrohte Wilna auf jeden Fall zu halten. Die deutschen Truppen werden noch auf mehrere Monate zum Schutze Litauens im Lande bleiben, außerdem werden von deutscher Seite der Tarybа, d. h. der litauischen Regierung, Waffen zur Verfügung gestellt werden, die von dieser an die litauischen, weiß-russischen und jüdischen Bevölkerungsgruppen zur Organisierung einer gemeinsamen bewaffneten Macht verteilt werden.

Erleichterter Verkauf von Militärpferden.

Berlin, 28. Dez. Das Kriegsministerium hat angeordnet, daß die jetzt stattfindenden Versteigerungen der überzähligen werdenden Militärpferde nicht nur in den Demobilmachungsorten, sondern möglichst auch außerhalb derselben vorgenommen werden, so daß auch die Bewohner abgelegener Bezirke Gelegenheit zur Erwerbung von Pferden haben. Wegen der äußerst schwierigen Transportverhältnisse und des Mangels an Wartepersonal wird sich diese Maßnahme jedoch nicht überall durchführen lassen.

Unsere Lage in englischer Beleuchtung.

London, 28. Dez. Über die Lage in Deutschland berichtet der Stockholmer Korrespondent der „Times": Was einem Engländer, der nach Deutschland kommt, zuerst auffällt, ist der Zustand völliger Erschöpfung infolge des Druckes der Blockade. Der Gesamteindruck von dieser allgemeinen Erschöpfung ist so stark, daß man sich nur wundern kann, daß Deutschland so lange ausgehalten hat. Die Blockade hat Deutschland zu Fall gebracht. Deutschland liegt völlig darnieder. Man kann sagen, es ist kein kriegführendes Land mehr. Das Deutschland von heute gleicht einem Manne, der bei dem Versuche, den Pol zu erreichen, infolge Nahrungsmittelmangels geschwächt, die Hoffnung verlor und sich in den Schnee sinken ließ. Keine Macht der Erde könne Deutschland veranlassen, sich zu erheben und die Waffen wieder aufzunehmen; selbst wenn es sich zu einem solchen Entschlusse aufraffen würde, müßten seine Nerven und Muskeln versagen.

Zeit- und Streitfragen.

Stimmen aus allen Parteien.

Der kritische Zustand

überschreibt der Berliner Vorwärts, der während der Weihnachtsfeiertage selbst für einen Augenblick durch Überfall in die Hände einer Gruppe von Putschisten geriet, seinen letzten Leitartikel. Es heißt darin:

Wie lange, glaubt man, würde sich die Masse der arbeitenden Bevölkerung Berlins eine solche zügellose Bandenherrschaft gefallen lassen? Schon jetzt hat der Despotismus, der von einer kleinen Minderheit ausgeübt wird, einen Grad erreicht, der nicht mehr ertragen werden kann und es ist notwendig, den Widerstand gegen ihn zu organisieren. Die Arbeiter werden sich nicht mehr irreführen lassen durch das Schlagwort „Gegenrevolution", mit dem man alles zu kompromittieren versucht, was geeignet ist, der Willkürherrschaft einer gewalttätigen Minderheit Schranken aufzuerlegen, Schutz der Republik, der Demokratie, der persönlichen Freiheit, Unterstützung der sozialdemokratischen Regierung gegen die Unterdrückung, die Einschnürung, die Bedrohung, die tagtäglich gegen sie versucht wird, das ist keine Gegenrevolution, sondern Schutz der revolutionären Errungenschaften gegen ein verbrecherisches Treiben, das sie zu vernichten droht. Wir müssen den Dingen klar ins Auge sehen. Daß wir nicht Gewalt, sondern Freiheit, nicht Bürgerkrieg, sondern Einigkeit wollen, bedarf keines Beweises mehr. Aber wir wissen auch, daß die andern ihre Sache auf nackte Gewalt und Bürgerkrieg gestellt haben. Darum dürfen wir keinen Augenblick vergessen, daß wir jede Minute bereit sein müssen, für unsere Genossen in der Regierung und damit für die Sache der Sozialdemokratie bis zum allerletzten einzustehen.

„Die einzige Hoffnung."

In einer Würdigung der letzten Ereignisse in Berlin und der dadurch geschaffenen Situation sagt die Deutsche Tageszeitung:

Für die Freunde der Ordnung ergibt sich aus alledem, daß die Hoffnung, die provisorische Regierung werde Rechtssicherheit und geordnete Zustände schaffen, aufgegeben werden muß. Entweder fehlt ihr die Kraft oder schon der Wille dazu oder beides. Die einzige Hoffnung bleibt demnach die Nationalversammlung. Niemand, der Ordnung in Deutschland will, darf bei den Wahlen dazu nach den letzten Vorgängen noch seine Stimme für die gegenwärtigen Regierungsparteien abgeben! Welche Steine die Verschlechterung der inneren Lage zugleich der Nationalversammlung auf den Weg wälzt, liegt auf der Hand. Um so fester muß der Wille aller Freunde von Ordnung und Freiheit sein, das Recht, das der Volkswille der Nationalversammlung gibt, gegen alle Hindernisse durchzusetzen.

Die Straßenkämpfe in Posen.

Protest gegen feindliche Fahnen.

Posen, 28. Dezember.

Die Unruhen standen im Zusammenhang mit der Rückkehr des Grenadierregiments Nr. 6 aus dem Felde, dessen Angehörige die überall herausgehängten englischen und amerikanischen Fahnen herunterrissen. Es folgten Straßenkundgebungen der Deutschen und der Polen. Gleich darauf fielen die ersten Schüsse. Sodann wurden Truppen alarmiert, die schnell heranrückten. Es kam an verschiedenen Teilen der Stadt zu regelrechten Feuerkämpfen, zum Teil mit Maschinengewehren und Handgranaten. Es gab Tote und Verwundete. Abends und in der Nacht setzten sich die Kämpfe fort. Abteilungen polnischer Soldaten haben sich nach dem Bahnhof begeben auf die Meldung hin, daß Truppen aus Berlin im Anmarsch seien. Man befürchtet weitere Kämpfe. Vertreter des polnischen Staatsrates und der englischen Mission, die mit Paderewski hier eingetroffen ist, verhandelten im Generalkommando, um gegen die Ausschreitungen Stellung zu nehmen. Der kommandierende General erklärte, daß er gegenüber den Soldaten machtlos sei. Auf weitere Bemerkungen über das Herunterreißen der Fahnen der Entente erklärte der Chef des Stabes, daß man doch in Preußen sei und feindliche Fahnen nicht dulden könne. Auf diese Antwort des Generalmajors verließen die englischen und polnischen Vertreter unter Abbruch der Verhandlungen das Generalkommando.

Wie verlautet, hat die Regierung Einspruch gegen die Posener Demonstrationsreise Paderewskis erhoben mit der Begründung, daß ihm lediglich ein freies Geleit von Danzig an die polnische Grenze zur Reise nach Warschau zugesichert sei. Die preußische Regierungsbehörde in Posen ist infolgedessen angewiesen worden, Paderewski sofort zur Weiterreise nach Warschau zu veranlassen.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

+ **Der offensichtliche Niedergang von Handel und Industrie bereitet auch dem Vorwärts schwere Sorge.** Geht es so weiter, schreibt er in einem Bericht über die Börse, so leidet der Kredit Deutschlands in der ungeheuerlichsten Weise und alle Unternehmungslust wird so sehr gedrosselt, daß die nach allem Unglück doppelt nötige Wiederaufrichtung der deutschen Wirtschaft ein frommer Wunsch bleibt. Die leichten Kriegsgewinne haben bereits die Wirtschaftsmoral schwer getroffen und untergraben; die Revolution droht uns vom Regen in die Traufe zu führen, wenn nicht rasch, aber ganz rasch die primitivsten Voraussetzungen ruhiger und beständiger wirtschaftlicher Arbeit geschaffen werden.

+ **Einen besonderen Dank an die Eisenbahner hat die Regierung erlassen.** Die Eisenbahner, so heißt es darin, wissen, daß die junge sozialistische Republik Deutschlands es nicht bei leeren Worten des Dankes bewenden läßt. Die Rechtsstellung der Eisenbahner soll ausgebaut und von den Fesseln aller Vorurteile befreit, ihre wirtschaftliche Lage im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten gehoben werden. Die Grundlage für die staatliche Finanzwirtschaft und für den Wert des Geldes bildet der Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft. Bis dahin ist noch ein langer und beschwerlicher Weg.

+ **Eine besonders schmachvolle Verwendung der deutschen Kriegsgefangenen** leistet sich die französische Regierung, indem sie sich ihrer zum Wiederaufbau Frankreichs bedient. Für Häfen und Bauzwecke sollen 120000 Kriegsgefangene verwendet werden. Der Arbeitsminister hat den betreffenden Kommissionen und Präfekten mitgeteilt, daß die Verteilung der deutschen Gefangenen noch zwei Jahre dauern werde und daß man dafür Sorge tragen solle, die Arbeiten so zu verteilen, daß sie nach diesem Zeitraum beendet werden können. Diese Nachricht wird in unzähligen deutschen Familien Sorge und tiefste Entrüstung hervorrufen, denn eine solch unmenschliche Bestimmung befand sich noch nie in einem Friedensvertrag. Die Reichsregierung und das gesamte deutsche Volk müssen hiergegen einen flammenden Protest erheben.

+ **Die Verluste bei den Kämpfen in Berlin am 24. Dezember** werden von den beiden Parteien ganz verschieden angegeben. Nach Angaben der Kommandantur sollen die Truppen der Regierung nicht weniger als 56 Tote gehabt haben. Demgegenüber erklärt die Garde-Kavallerie-Schützendivision, daß sich ihre Verluste nur auf 2 Tote und 11 Verwundete belaufen. Auch läßt diese Division bekanntgeben, daß sie es ablehnt, ihre Toten gemeinsam mit denen der Matrosen begraben zu lassen.

+ **Die Gründung einer deutsch-südwestafrikanischen Republik** wird von den dortigen Deutschen geplant. Die deutschen Bewohner Südwestafrikas haben nämlich eine Bittschrift an den Präsidenten Wilson gerichtet, in der sie betonen, angesichts des politischen Selbstbestimmungsrechtes der Völker eine Republik in föderalem Verbande mit Deutschland bleiben zu wollen. In dem noch nicht veröffentlichten Text dieser Bittschrift soll u. a. bemerkt sein, daß die Eingeborenen Deutsch-Südwestafrikas eine derartige Regelung sehr gern sehen würden und vollständig damit einverstanden seien.

+ **Über die geplante Republik Schlesien** weiß der Vorwärts folgendes mitzuteilen: Um den kapitalistischen, polnischen und tschechischen Tendenzen entgegenzuwirken, die immer stärker auf die Gründung einer oberschlesischen Republik hinarbeiten, halten die ASR ganz Schlesiens, die durchweg auf mehrheitssozialistischem Boden stehen, es für notwendig, ganz Schlesien zu einer einheitlichen Republik aufzurufen. Die Ausrufung soll sofort erfolgen. Über diesen Plan wird zurzeit mit der Reichsleitung verhandelt. Die Zentralregierung ist mit diesem Vorgehen in Schlesien keineswegs einverstanden und hat zum Zwecke einer Einigung herbeizuführen, den Volksbeauftragten Landsberg und den preußischen Minister Breitscheid nach Breslau entsandt.

+ **Der Darmstädter ASR** fordert die offizielle Abdankung des Großherzogs von Hessen, und verlangt ferner, der Großherzog solle das Land verlassen oder werde interniert. In Darmstadt kursiert das Gerücht, der Großherzog von Hessen infolge seiner guten Beziehungen zu verschiedenen ausländischen Höfen habe, zur Leitung des geplanten neuen Rheinbundes berufen zu werden.

+ **Über die Zerstörungen in Belgien,** für soweit sie durch uns etwa erfolgten, Schadenersatz sollen, werden von den Feinden absichtlich falsche verbreitet. Demgegenüber sind nach Ausweis des

...Posen.
...nen.
...28. Dezember.
...nhang mit der
...aus dem Felde,
...ängten englisch an
...en. Es folgten
...er Polen. Gleich
...wurden Truppen
...an verschiedenen
...mpfen, zum Teil
...n. Es gab Tote
...Nacht setzten sich
...Soldaten haben
...Meldung hin, daß
...Man befürchtet
...chen Staatsrates
...erewski hier ein-
...lkommando, um
...nehmen. Der
...r gegenüber den
...emerkungen über
...nte erklärte der
...en sei und feind-
...iese Antwort des
...und polnischen
...en das General-

...Einspruch gegen
...ewskis erhoben
...ein freies Geleit
...zur Reise nach
...sche Regierungs-
...ewiesen worden.
...Warschau zu ver-

...au.

...on Handel und
...s schwere Sorge.
...Bericht über die
...nds in der unge-
...ungslust wird so
...ück doppelt nötige
...haft ein frommer
...nne haben bereits
...und untergraben;
...in die Traufe zu
...ch die primitivsten
...er wirtschaftlichen

...isenbahner hat die
...so heißt es darin,
...ublik Deutschlands
...es bewenden läßt.
...oll ausgebaut und
...ihre wirtschaftliche
...glichkeiten gehoben
...he Finanzwirtschaft
...der Wiederaufbau
...ßt noch ein langer

...Verwendung der
...ch die französische
...iederaufbau Frank-
...decke sollen 12000
...Der Arbeitsminister
...nd Präfekten mit
...n Gefangenen noch
...man dafür Sorge
...eilen, daß sie nach
...n. Diese Nachricht
...n Sorge und tiefste
...unmenschliche Be-
...m Friedensvertrag.
...eutsche Volk müssen
...heben.

...en in Berlin am
...Parteien ganz ver-
...der Kommandantur
...nicht weniger als
...erklärt die Gards-
...re Verluste nur auf
.... Auch läßt diese
...blehnt, ihre Toten
...begraben zu lassen
...ndwestafrikanischen
...tschen geplant.
...haben nämlich ...
...gerichtet, in der ...
...stbestimmungsrecht ...
...lem Verbande mit
...dem noch nicht ver-
...l u. a. bemerkt sein
...estafrikas eine der-
...den und vollständig

...Schlesien weiß die
...den kapitalistischen
...n entgegenzuwirken
...einer oberschlesischen
...SR ganz Schlesien
...dem Boden stehen,
...einer einheitlichen
...soll sofort erfolgen.
...er Reichsleitung ...
...mit diesem Vorgehen
...und hat zum Zwecke
...n Volksbeauftragten
...ister Breitscheid nach

...t die offizielle P...
...ffen, und verlan...
...nd verlassen oder
...iert das Ger...
...e seiner gu...
...schen Höfen ...
...uen Rheinbun...

...elgien, für
...Schadenersa...
...tlich falsche
...Ausweis des

...Im Herbst 1914 auf belgischem Boden insgesamt 2400 Gebäude zerstört. In Westflandern ist bei den vierjährigen unablässigen Kämpfen ein langer Streifen von Nieuport bis Ypern verwüstet, unsere Artillerie ist leider gezwungen gewesen, die schöne Stadt Ypern, deren völlige Schonung anfänglich beabsichtigt war, unter ihr Vernichtungsfeuer zu nehmen, nachdem die Engländer sie nicht nur zum Stützpunkt der Front, sondern auch zum Ausfalltor für die großen Flandernschlachten gemacht hatten. Von den Orten östlich der Yserlinie sind aber fast alle ausschließlich durch den Gegner, durch die Engländer und Belgier, zerstört.

Österreich.

× **Für die Vereinigung mit Deutschland ist mit Entschiedenheit der Präsident der österreichischen Kammer, Renner, der die Lage in Osteuropa für sehr dunkel hält. Nach seinen Auslassungen werden sich die Deutsch-Österreicher einer etwaigen Donauföderation nicht anschließen, weil sie wissen, daß sie von den Slawen und Magyaren gehaßt werden. Dagegen ziehen sie eine Union mit Deutschland vor, obwohl in dieser Richtung keine Schritte unternommen werden.**

...garien.

× **In Sofia ... Städten sind bolschewistische Unruhen ausg...., die einen großen Umfang angenommen und eine so bedrohliche Lage geschaffen haben, daß französische Truppen zur Wiederherstellung der Ordnung hergerufen wurden. Angesichts der katastrophalen inneren Lage steht Bulgarien vor einer Kabinettkrise. Ministerpräsident Malinow hat seinen Rücktritt angedroht, falls die demokratische Partei die revolutionären Elemente weiter unterstützen würde.**

Aus In- und Ausland.

...Angehörigen des deutschen Heeres, der ...e usw., die während des Krieges in Kriegsgefangenschaft geraten sind oder noch geraten, ist die Zeit der Kriegsgefangenschaft als Dienstzeit anzurechnen, wenn nicht nachgewiesen ist, daß eigenes Verschulden vorgelegen hat.

Berlin. An Stelle des Kommerzienrats Wallerstein ist zum Vorsitzenden der Reichsstelle für Schuhversorgung der bisherige Stellvertreter Dr. Gümbel ernannt worden.

Berlin. Die hiesige Deutsch-demokratische Volkspartei hat beschlossen, sich in Zukunft auch an Straßenkundgebungen zu beteiligen.

Berlin. ... Kandidaten für die Nationalversammlung wurden u. a. Friedrich Naumann und Frau Dr. Else Lüders von der Deutsch-demokratischen Volkspartei aufgestellt.

Dresden. Der Warenaustausch zwischen Deutschland und Böhmen hat wieder begonnen.

Stuttgart. Hier findet eine süddeutsche Ministerkonferenz statt, um die Ernährungsschwierigkeiten in Süddeutschland zu beheben.

Karlsruhe. Die französische Regierung beschlagnahmt in Elsaß-Lothringen alles deutsche Eigentum unter dem Vorwande, sich ein Pfand für die im Friedensvertrag Deutschland aufzuerlegenden Lasten zu sichern.

Prag. Die Regierung der deutschen Republik wird bei nächster Gelegenheit auf die Botschaft des Präsidenten Masaryk über das Verhältnis der tschecho-slowakischen Republik zu Deutschland antworten.

Budapest. Mit Rücksicht auf den Mehlmangel wurde die Backmehlquote um 70 und die Brotmehlquote um 30% herabgesetzt.

Basel. Den bisher von Griechenland in der Öffentlichkeit erhobenen Ansprüchen auf den ehemalig griechischen Teil der kleinasiatischen Küste ist jetzt die Tat gefolgt. Griechische Matrosen landeten in Smyrna und haben von der Stadt ...en.

... Die „Times" hören, daß Graf Karolyi jetzt nach Pa... unterwegs ist, um einen letzten Versuch zu machen, Ungarn zu retten.

Lokaler Teil.

Wetterbericht für den 29. und 30. Dezember.

Sonnenaufgang	8^{13} (8^{14})	Mondaufgang	4^{28} V. (5^{21} V.)
Sonnenuntergang	3^{50} (3^{51})	Monduntergang	12^{53} N. (1^{31} N.)

29. Dezember. 1836 Afrikareisender Georg Schweinfurth geb. — 1838 Finnischer Bildhauer Walter Runeberg geb.

30. Dezember. 1857 Forschungsreisender Joachim Graf Pfeil geb. — 1865 Englischer Schriftsteller Rudyard Kipling geb. — 1912 Diplomat Alfred v. Kiderlen-Wächter gest. — 1916 Ablehnung des deutschen Friedensangebots durch die Verbandsmächte. — Krönung Kaiser Karls zum König von Ungarn.

□ **Hoffnung und Enttäuschung.** In den Tagen zwischen Weihnachten und Neujahr lebten wir sonst in einer seelig verträumten Stimmung. Der N...klang des trauten Festes bebte noch in unseren Seelen und daneben griff eine seltsame sylvesterliche Stimmung Platz, die das Herz mit frohen Hoffnungen füllt. Ach, wir leben ja eigentlich nur von der Hoffnung; denn was wir auch tun, was wir auch erreichen, immer knüpft sich eine neue Hoffnung daran. ... wir auch immer enttäuscht werden, „an der Jahresfackel des Glücks entzündet sich immer die Flamme neuer Hoffnung". Und in diesem Jahre! Hegt wirklich ... unter uns die starke Hoffnung, daß das allgemeine Leid ... das Vaterland in absehbarer Zeit schwinden, daß die unselige Zeit zwischen Krieg und Frieden verkürzt werde? Wir haben seit Anfang Oktober so viel an Enttäuschungen erlebt, wir erleben deren noch täglich so viel, daß unsere Hoffnung sich kaum noch hervorwagt. Und dennoch, wie der einzelne Mensch nur leben kann durch die Hoffnung, wie er ihrer tröstenden Begleitung nicht entraten kann, so kann auch ein Volk nur leben, wenn es auf die Erfüllung seiner Mission hofft. Wir müssen durch das Dunkel dieser Tage und hinter ihnen leuchtet eine freundliche Sonne. An dieser Hoffnung müssen wir trotz aller Enttäuschungen festhalten.

o **Gegen eine Verstaatlichung der Schulbücher.** Der buchhändlerische Fachausschuß des Handelsbezirks Leipzig kam nach eingehender Erörterung zu dem Ergebnis, daß jedes Monopol von Schulbüchern zu verwerfen sei. Eine übereilte Verfügung müßte dem deutschen Buchhandel, dem deutschen Buchgewerbe, insbesondere aber der deutschen Kultur großen Schaden zufügen.

* **Bevorstehende Auflösung der Kriegsmetall-Aktien-Gesellschaft.** Die Kriegsmetall-A.-G. wird schon in allernächster Zeit in Liquidation treten. Die noch in den Händen der Kriegsmetall-A.-G. befindlichen Vorräte werden auf Grund einer bestimmten Kontingentierung an die einzelnen ... verteilt werden. Die Auflösung der Kriegs... damit zusammen, daß sie lediglich zu dem ... war, die Metallbeschaffung für die ... Krieges in die Wege zu leiten und ... wahrzunehmen.

... ung des Güterverkehrs ... haben die Handelskammern ... burg, Düsseldorf, Münster ... Hagen, Iserlohn, Lüdenscheid und Siegen eine Eingabe an die Waffenstillstandskommission gesandt. Ferner beantragen die Handelskammern dringend die Heranziehung von hervorragenden Sachverständigen aus dem deutschen Wirtschaftsleben, wobei besonders auch die Industrie der Rheinprovinz und Westfalens genügend berücksichtigt werden müsse.

Rentenempfängern, die als frühere Eisenbahnbedienstete ihre Rente aus der Abteilung A der Pensionskasse für die Arbeiter der preußisch-hessischen Eisenbahngemeinschaft erhalten und auf Grund der Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 3. Januar 1918 zur Zeit neben der Invaliden- oder Krankenrente eine Zulage von 8 ℳ, neben der Witwen- (Witwer-) oder Witwenkrankenrente eine Zulage von 4 ℳ monatlich empfangen, wird in Rücksicht auf die durch den Krieg hervorgerufene allgemeine Verteuerung der Lebensmittel bis auf weiteres und zwar rückwirkend vom 1. Oktober 1918 ab eine in monatlichen Teilbeträgen im voraus zahlbare weitere Zulage von 8 bezw. 4 ℳ aus Mitteln der Staatseisenbahnverwaltung gezahlt, so daß eine Verdoppelung ihrer bisherigen Rentenzulage eintritt. Die Zahlung wird von der dem Wohnorte des Empfängers nächst gelegenen Stationskasse geleistet.



Merktage für die Wahlen.

30. Dezember: Beginn der Auslegung der Wählerlisten. Nur wer in der Wählerliste steht, wird zur Ausübung des Wahlrechts zugelassen.

4. Januar: Letzter Termin für die Einreichung der Wahlvorschläge beim Wahlkommissar.

6. Januar: Ablauf der Frist für die Auslegung der Wählerlisten. Etwaige Einsprüche gegen die Wählerliste müssen bis zum 6. Januar bei der Gemeindeverwaltungsbehörde angebracht werden.

12. Januar: Letzter Tag für die schriftliche Mitteilung an den Wahlkommissar, daß Wahlvorschläge miteinander verbunden werden sollen. Ebenfalls bis zum 12. Januar muß der Wahlkommissar eine Erklärung des Bewerbers der auf verschiedenen Wahlvorschlägen vorgeschlagen ist, darüber herbeiführen, für welchen Vorschlag er sich entscheiden will. Bis zum 12. Januar müssen auch alle Maßnahmen für die technische Durchführung der Wahlen getroffen sein.

14. Januar: Spätestens an diesem Tage haben die Bekanntmachungen über sämtliche zugelassenen Wahlvorschläge und über etwaige Verbindungen von Wahlvorschlägen zu erfolgen.

16. Januar: Letzter Tag für die Ernennung des Wahlvorstandes, der aus dem Wahlvorsteher bzw. seinem Stellvertreter, 3 bis 6 Beisitzern sowie 1 Schriftführer besteht. Die Ernennung erfolgt in der Form der Einladung an die Mitglieder des Wahlvorstandes, bei Beginn der Wahlhandlung zur Bildung des Wahlvorstandes im Wahlraum zu erscheinen. Die Wahlhandlung wird damit eröffnet, daß der Wahlvorsteher den Schriftführer und die Beisitzer durch Handschlag an Eidesstatt verpflichtet und so den Wahlvorstand bildet.

19. Januar: Wahltag. Die Wahlzeit dauert von 9 Uhr vormittags bis 8 Uhr nachmittags. Unmittelbar nach Schluß der Abstimmung werden die Wahlumschläge uneröffnet gezählt, ebenso die Abstimmungsvermerke in der Wählerliste. Falls nicht mehr am Wahltag selbst, muß am

20. Januar die Prüfung des Abstimmungsergebnisses erfolgen. Das Nähere bestimmen §§ 41 ff. W.O.

25. Januar: Berufung des Wahlausschusses zur Ermittlung des Wahlergebnisses. Nach Feststellung unverzügliche Bekanntgabe des Wahlergebnisses.

1. Februar: Spätestens an diesem Tage müssen die Gewählten eine Erklärung abgeben, ob sie die auf sie gefallene Wahl annehmen.

Paderborner Stadtchronik.

Versammlung der evangelischen Männer und Frauen.

Im Bürgervereinssaal fand gestern nachmittag eine vom Arbeits-Ausschuß der evangelischen Gemeinde einberufene Versammlung statt, die einen sehr guten Besuch aufzuweisen hatte. Die Versammlung wurde von Bahnmeister Lindrum geleitet, der nach kurzer Einleitung alsbald dem Referenten, dem früheren Landtagsabg. Stärkel aus Detmold, das Wort zu seinem Vortrag: Die Wahl der Nationalversammlung gab. Der Referent, der sich zu der aus dem Freisinn hervorgegangenen demokratischen Partei bekannte, wies zunächst darauf hin, wie der Freisinn schon früher gegen das alte System und für den Fortschritt, gegen das persönliche Regiment und für eine Volksregierung gekämpft, aber nicht damit durchzudringen vermocht habe. Das Zentrum, das sich lange und beharrlich dem widersetzte, habe sich im Herbst auf die Seite der Linksparteien gestellt. Wir hatten wohl ein demokratisches Reichstagswahlrecht, aber dem Reichstag fehlten dazu die politischen Rechte. Das Mißtrauensvotum für den Kanzler anläßig „Zabern" hatte keine praktische Folgerungen. Von einer Verantwortlichkeit des Volkes war keine Rede. Trotzdem war Deutschland unschuldig an dem Weltkriege, den man uns bewußt aufzwang, nicht zum Heile der Demokratie, sondern um uns wirtschaftlich zurückzuwerfen. Dieses Ziel haben die Feinde erreicht. Als einziger Aktivaposten in unserer Kriegsbilanz könne man allenfalls Wilson betrachten, von dessem Programm England und Frankreich aber schon wichtige Stücke (Freiheit der Meere) abbröckelten. Der Redner erklärt, daß er die Revolution vom ersten Tage an den größten aller gemachten Fehler bezeichnet habe, der man dazu die politische Berechtigung absprechen müsse, denn die Volksregierung war bereits da, das persönliche Regiment beseitigt, das Wahlrecht gesichert. Die Reformen waren bereits fest verankert, der Waffenstillstand bereits eingeleitet, triftige Gründe zum Umsturz seien daher nicht vorhanden gewesen. Der einzige Erfolg blieb die Beseitigung des Kaisertums, aber im übrigen habe sich die Revolution als ein schweres Verbrechen am deutschen Volke erwiesen. Wir müssen uns heute trotz allem auf den Boden der Tatsachen stellen und unser aller Bestreben müsse sein, bei den Nationalwahlen eine bürgerliche Mehrheit, an die er glaube, zu erreichen. Unser Volk braucht Frieden, Arbeit und Brot. Der Redner führt aus, wie durch die Revolution der Frieden, den wir schon im Dezember haben konnten, auf unbestimmte Zeit hinausgeschoben wurde. Wegen der unsinnigen Revolution müßte unser Volk weiter hungern und darben. Die Revolution verschulde ferner die Arbeitslosigkeit. Auf die gegenwärtige Lage und Hilfe wie Energielosigkeit der Regierung hinweisend, betonte Redner, daß die Sozialdemokratie sich in den letzten Wochen als politische Partei unmöglich gemacht und als unfähig dazu erwiesen habe, eine Regierung zu führen. Das Bedauerlichste sei, daß durch die fortwährenden und unmöglichsten Versprechungen an die Arbeiter die Revolution heute schon in eine Lohnbewegung ausgeartet sei. Die wirtschaftlichen Forderungen stehen im Mittelpunkte und sie arten, unterstützt durch die unfeste Politik der Regierung, zu einer wirtschaftlichen Gefahr aus, mit dem sicheren Zusammenbruch unseres Wirtschaftslebens, wenn nicht alsbald Einhalt geboten wird. Lohnfragen sind keine politische Fragen und ihre Regelung sollte man den Gewerkschaften überlassen. Alle Dekrete seien zudem nutzlos, wenn man dem Arbeitgeber es unmöglich mache, Arbeitsgelegenheit infolge überspannter Forderungen zu schaffen. Gegenüber diesen hoffnungslosen Zuständen müsse am 19. Januar jede Frau und jeder Mann mit dem Stimmzettel ankämpfen. Der Redner kam dabei zu den einzelnen Parteien. Die Konservativen, die sich jetzt deutschnationale Volkspartei nenne, lehnte Redner als Vertreter des schuldigen alten Systems rundweg ab. Die Nationalliberalen haben sich nach links und rechts gespalten, sie seien auch in ihrer Zusammensetzung eine unmögliche Partei gewesen. Der linke Flügel schloß sich der demokratischen Partei an, die zwischen Sozialdemokratie und Zentrum als Volkspartei wirken wolle.

Das Zentrum habe sehr viele und volksfreundliche Arbeit geleistet, namentlich in letzter Zeit stand das Zentrum in vielen Fragen im Verein der Mehrheitsparteien. Was man aber einwenden müsse, sei der Charakter des Zentrums als konfessionelle Partei, deshalb habe es der Fortschritt grundsätzlich bekämpft. An der sozialen Entwicklung habe indes das Zentrum eifrig mitgearbeitet und insbesonders hebt der Redner die Erfolge und Arbeit Erzbergers hervor, der sich durch seine Voraussicht und jetzige Arbeit große Verdienste um die Zukunft des Volkes erworben habe.

Die Sozialdemokratie lehnte der Redner entschieden ab, weil sie eine Klassenpolitik, für die unter keinen Umständen Platz vorhanden sei, betreibe.

Der demokratischen Partei, für die der Redner eintrat, liege es fern, auf dem religiösen Gebiete störend einzugreifen. Die ev. Landeskirche sei mit dem Staat weit enger verbunden wie die kath. Kirche. Wir wünschen, daß alle Bekenntnisse in ihrer Organisation und Rechten erhalten bleiben, wir lehnen namentlich das französische Rezept ab und wir wollen auch den Religionsunterricht in der Schule erhalten wissen, zumal gerade die letzte Zeit gezeigt habe, welcher Nutzen die Religion für das Volk sei. Toleranz müsse aber geübt werden und jeder Gewissenszwang seitens des Staates verschwinden.

Für die Nationalwahlen seien nähere Parteiprogramme zwar kaum von Bedeutung, durch die Bewegung, infolge der Dekrete Hoffmanns, sei es aber angebracht, zu diesen Fragen Farbe zu bekennen.

Zum Schluß forderte der Redner die bürgerlichen Parteien dazu auf, jede Zersplitterung zu vermeiden und einig in der Abwehr der sozialdemokratischen Klassenherrschaft zum Besten der deutschen Zukunft zu sein. (Reicher Beifall.)

In der Diskussion warnte Redakteur Aillinger vor der zu scharfen Hervorhebung der Fehler des alten Systems angesichts des vielen Guten, das es uns gebracht habe, während man von dem neuen System bisher nichts Erbauliches gesehen und seine Vorzüge erst zu beweisen habe. Ueber das kirchenpolitische Programm des Referenten freue er sich, hoffentlich sorge er aber auch dafür, daß diesen Worten die Tat folge. Herr Lipps bedauert, daß man militärische Errungenschaften der Revolution verschiedentlich wieder zu durchlöchern suche, wie Auffordern zum Grüßen und Ansetzung eines früheren Zapfenstreiches. Redakteur Aillinger erwidert, es sei erfreulich, wenn sich beherzte Männer fänden, die die durch die Revolution zerfahrene Ordnung wieder festigen wollten. Berlin zeige, wohin die Unordnung führe, nehme die Ordnung nicht wieder zu, dann bringe man das Volk völlig zum Abgrund. Rechnungsrat Koch fordert zur Organisation auf. Jeder Mann und jede Frau müsse sich auch davon überzeugen, ob sie in der jetzt offenliegenden Wählerliste ständen.

Nach dem Schlußwort des Referenten, in dem er nochmals zur Einigkeit des Bürgertums und zum Glauben an das Vaterland ermahnte, schloß der Vorsitzende die Versammlung mit einem Hoch auf das Vaterland.

Frauenversammlung der Markkirch-Pfarre.

Gestern tagte im Rathaussaal eine Frauenversammlung der Markkirch-Pfarre, die außerordentlich zahlreich besucht war. Nach den einleitenden Begrüßungsworten des Pastors Menne wurde Frau Kaufmann Heising der Vorsitz übertragen. Professor Ferrari schilderte in seinem Vortrage in klaren Worten das, was der Sozialismus uns auf wirtschaftlichem, kulturellem und religiösem Gebiete bisher gebracht hat und was uns nach der „Denkschrift Diedrich" in Zukunft noch bevorsteht. — Den 2. Vortrag hielt Fräulein Lehrerin Lüke-Bochum. Scharf und klar erklärte sie das Wesen, die Zusammensetzung und den Zweck der Nationalversammlung, daran die Wünsche knüpfend, deren Erfüllung wir vom „neuen Deutschland" erwarten. Beide Referate fanden reichen Beifall. Einstimmig wurde folgende Resolution genehmigt:

„Viele 100 im Rathaussaal zu Paderborn versammelten kath. Frauen der Markkirch-Pfarrei legen feierliche Verwahrung ein gegen die Maßnahmen der vorläufigen Regierung auf dem Gebiete der Schule. Sie verlangen Achtung ihrer unveräußerlichen Elternrechte, die Beibehaltung der konfessionellen Schule, einen völlig ausreichenden Religionsunterricht und freie, religiöse Betätigung ihrer Kinder. Sie hegen das stärkste Mißtrauen gegen die Vertreter des Kultusministeriums und fordern ihren Rücktritt."

— Der zweite Abend der Bielefelder brachte am Samstag ein Tanzgastspiel von Hilde Garden vom Berliner Wintergarten, das ebenfalls ein gut besetztes Haus zusammenführte. Das Publikum nahm an den Darbietungen der Dame, in der man auch eine Tänzerin von Ruf vor sich sah, sehr lebhaftes Interesse. Hilde Garden trat in zehn verschiedenen Tänzen auf. Die Kunst, die Regungen der Musik in die darstellende Tanzform zu kleiden, gelang der Dame außerordentlich. Es sei dabei hervorgehoben, daß die Künstlerin in allen ihren Tänzen große Empfindungs- und Stimmungsmalerei offenbarte und sich auch sonst als äußerst gewandte und chice Vertreterin der Tanzkunst zeigte. Hervorgehoben sei ferner, daß Hilde Garden ihr Programm in sehr dezenter Weise erstattete. Bewunderte man auf der einen Seite das rein künstlerische Können der Dame, so auf der anderen Seite die geschmackvolle Kostüm-Ausstattung. Man spendete nach jeder Nummer lauten Beifall. Die Lisztsche zweite Rhapsodie, wohl auch die künstlerisch bemerkenswerteste Programmnummer, mußte Hilde Garden da capo tanzen. Für Paderborn war ein Tanzgastspiel jedenfalls eine seltene Kost, die man aber mit sichtlichem Behagen entgegennahm. Wie wir vernehmen, haben die Bielefelder regelmäßige Theaterabende für Paderborn in Aussicht genommen.

— Ein Regen ohne Ende haben wir seit Samstag zu verzeichnen und zwar goß es gestern und vorgestern zeitweise derart in Strömen, daß die Straßen in verschiedenen Stadtteilen teils förmlich überschwemmt waren. Der anhaltende Regen hat für viele Gegenden große Hochwassergefahr gebracht. Das äußere Bild des letzten Sonntages in diesem Unglücksjahre war unter dem Einfluß des Regenwetters gegeben. Der Verkehr in der Stadt war ein nur geringer und die vor die Tore der Stadt führenden Wege waren vollends verödet. Ob mit dem morgen scheidenden alten Jahr auch endlich das ewige Regenwetter sich verabschiedet? Zu wünschen wäre es jedenfalls ganz gewiß.

— Der Sturm hat die Ehrenpforte am Westertor arg mitgenommen. Täglich sieht man neue Fahnenstücke abgerissen an den Masten herabhängen. Weshalb läßt man die Ehrenpforte übrigens immer noch in diesem verwahrlosten Zu-

für den Wiederaufbau Deutschlands nutzbar gemacht werden. Durch das Frauenstimmrecht wird den Frauen ein neuer Weg gezeigt, aber auch eine neue Verantwortung aufgelegt. Frauen, zeigt euch reif für diese neue Pflicht, übt euer Wahlrecht aus, sichert dadurch dem Staatsleben den Einfluß der mütterlichen Natur der Frau!

Wahlbewegung.

Elsaß-Lothringen wählt nicht mit!

Auf unser Ersuchen, die Wahlen im besetzten Gebiete zu ermöglichen, hat Marschall Foch folgendes genehmigt:

1. Die ordnungsmäßigen Verwaltungsbehörden sind befugt, ohne Einschränkung die Berichte zu versenden, die sich auf die Vorbereitungen für die Wahlen und auf die Wahlen selbst beziehen.

2. Preß- und Versammlungsfreiheit werden von den alliierten Armeen gewährt, in einem Maße, das mit der Aufrechterhaltung der Ordnung und einem einwandfreien Verhalten der Bevölkerung gegenüber den alliierten Armeen im Einklang steht.

3. Die Einreise in die besetzten Gebiete oder die Ausreise nach dem Innern Deutschlands kann den Personen gewährt werden, welche im Besitz eines Passiergesuches der ordnungsmäßigen Verwaltungsbehörden sind. Die obigen Anordnungen finden keine Anwendung auf das Gebiet von Elsaß-Lothringen.

Danach zu urteilen, betrachtet Foch Elsaß-Lothringen schon als zu Frankreich gehörig, denn seine Anordnungen schließen eine Wahlbeteiligung der Reichslande einfach aus. Über das Schicksal Elsaß-Lothringens ist noch gar nicht entschieden, was die Franzosen keineswegs kümmert. Mit der üblichen großen Geste gehen sie über diese Kleinigkeit hinweg und stellen die Friedenskonferenz vor die vollendete Tatsache. Im übrigen sind auch durch die französischen Militärgouverneure in Elsaß-Lothringen die Wahlen zur deutschen Nationalversammlung verboten worden.

*

— Die Einteilung der Wahlkreise in Preußen ist folgende: Ostpreußen (21 Abgeordnete), Westpreußen (17), Stadt Berlin (21), Reichstagswahlkreise Potsdam 1 bis 9, soweit sie zum Regierungsbezirk Potsdam gehören (15), Reichstagswahlkreis Potsdam 10, soweit er zum Regierungsbezirk Potsdam gehört (13), Regierungsbezirk Frankfurt a. O. (12), Provinz Pommern (17), Provinz Posen (21), Regierungsbezirk Breslau (18), Regierungsbezirk Oppeln (22), Regierungsbezirk Liegnitz (12), Regierungsbezirk Magdeburg (12), Regierungsbezirk Merseburg und Erfurt und Kreis Schmalkalden (19), Provinz Schleswig-Holstein (16), Regierungsbezirk Aurich, Stade, Osnabrück (11), Regierungsbezirke Hannover, Hildesheim, Lüneburg (19), Regierungsbezirke Münster und Minden und Kreis Schaumburg (18), Regierungsbezirk Arnsberg (24), Provinz Hessen-Nassau, ohne Schaumburg und Schmalkalden, aber mit Kreis Wetzlar (22), Regierungsbezirke Köln und Aachen (19), Regierungsbezirke Koblenz und Trier, ohne Wetzlar, und Regierungsbezirk Sigmaringen (18), Reichstagswahlkreise Düsseldorf 1 bis 5 (18), und Reichstagswahlkreise Düsseldorf 6 bis 12 (16), insgesamt 401 Abgeordnete.

*

— Die Deutschnationalen sind kein Gegenrevolutionäre — erklärte der frühere Staatssekretär v. Delbrück in einer Versammlung in Jena. Die Partei treibe Realpolitik und stelle sich auf den Boden der Tatsachen. Wir brauchen keine Gegenrevolution. Denn wenn die Parteien, die jetzt am Ruder sind, so weiterwirtschaften wie bisher, dann wächst uns in einigen Jahren auf verfassungsmäßigem Wege wieder das zu, was die Revolution, als wenn es nichts gewesen wäre, völlig beseitigt hat: die demokratische Monarchie."

*

— Staatssekretär Dr. Helfferich forderte den Zusammenschluß gegen die Sozialdemokratie auf einer in der Deutschen Volkspartei in Stettin gehaltenen Rede, in der er zur Begründung seiner Forderung u. a. sagt: „Wir werden den grauenhaftesten Zusammenbruch erleben, wenn es nicht in letzter Stunde gelingt, den Mächten der Zerstörung Einhalt zu gebieten. Mit den Beständen des Heeres und der Zivilverwaltung wird in unglaublicher Weise gehaust, und wenn es so weitergeht, muß die Zeit kommen, wo im Ausland die Mark keine 10 Pfennig mehr gilt, wo unser Kredit und unsere Kaufkraft im Ausland erledigt sind, wo niemand mehr uns die notwendigsten Nahrungsmittel und Rohstoffe verkaufen wird. Diese Wirtschaft bestiehlt und betrügt genau so den kleinen Mann um sein Sparkassenguthaben, das dann nichts mehr wert ist, wie den reichen Mann um sein Kapital."

*

Die Zentrumskandidaten für Münster—Minden.

Die Wählerlisten

liegen von heute bis einschließlich 6. Januar 1919 zu jedermanns Einsicht offen.

Die Zentrumskandidaturen für den 17. Wahlkreis.

In der Versammlung der neugewählten Vertrauensmänner des Gesamtwahlkreises Minden-Münster, beide Lippe, Grafschaft Schaumburg zu Hamm am 28. Dezember wurde folgende Vorschlagsliste des Zentrums für die Nationalversammlungswahlen am 19. Januar 1919 angenommen: 1. Schiffer, Vorsitzender der christl. Gewerkschaften. 2. Herold-Lövelinckloe, Landesökonomierat. 3. Prälat Professor Dr. Mausbach. 4. Frerker, Bäckermeister. 5. Kreutz, Hilfsladenmeister und Redakteur (Eisenbahnerverband Elberfeld). 6. Koch, Oberpostschaffner. 7. Schilgen, Textilindustrieller. 8. Dr. Reineke, Syndikus des Westf. Bauernvereins. 9. Frl. Oberlehrerin Müller. 10. Jacobsenerborn, Kolonatsbesitzer. 11. Unterbaumann, Sekretär. 12. Fuest, Landwirtschaftssekretär. 13. Finkelbei, Schreinermeister.

Verschiedene Meldungen.

— In Bielefeld, dem Wahlkreis 17 haben die Mehrheitssozialisten dem Vorschlag der Unabhängigen auf Verbindung beider Listen zugestimmt.

— In München wurden als Kandidaten der Deutschdemokratischen Partei die bisherigen Abgeordneten Professor Quidde und Hübsch aufgestellt.

— Die Deutsch-demokratische Partei stellte in Marburg Professor Schücking und in Waldeck Naumann als Kandidaten auf.

Wilsons Friedensurkunde.

Der Gerechtigkeitsfriede.

Präsident Wilson erklärte in einer Ansprache an die amerikanischen Soldaten in Chaumont: „Die Aufgabe, die Friedensurkunde vorzulegen, ist Amerika zugefallen, eine Aufgabe, die um so leichter ist, als die beteiligten Völker diese Urkunde angenommen haben. Die ganze Welt weiß jetzt, daß die Völker, die am Kriege teilnahmen, bereit sind, das Werk zu vervollständigen, nicht nur zur Geltendmachung ihres eigenen Interesses, sondern auch zur Schaffung eines auf den dauernden Grundlagen von Recht und Gerechtigkeit gegründeten Friedens. Da der Krieg ein Krieg der Völker war, muß auch der Friede ein Friede der Völker sein."

*

Französische Maskeraden in Straßburg.

Der Empfang Poincarés in Straßburg durch die „jubelnde Bevölkerung" war in Wirklichkeit nur eine zur Täuschung der Außenstehenden geschickt inszenierte Maskerade. Bekanntlich wurde die große Beteiligung von jungen Leuten in elsässischer Tracht als besonderer Beweis für die Zustimmung der Landbevölkerung für den Anschluß an Frankreich erwähnt. Nur sechs Bauerndörfer waren durch Abordnungen in Straßburg vertreten und haben sich dazu auch nur hergegeben, weil sie beim Einzug der französischen Truppen nicht geflaggt hatten und nun Repressalien seitens der französischen Regierung fürchteten. Geld spielte natürlich auch eine Rolle. Jedes Bauernmädchen erhielt 10 Mark den Tag. Im übrigen entstammten die Mädchen in den oft ganz lächerlich unechten Phantasietrachten, die das elsässische Landvolk vorstellen sollten, entweder aus Bürgerkreisen der Stadt Straßburg oder aus Städten Frankreichs. Wie man offen erzählt, sind zu diesem Zweck 500 französische Mädchen aus Frankreich herbeigeholt und kostümiert worden. Und dazu schreibt dann die französische Presse: Da habt ihr die Volksabstimmung schon!

*

Gegen die eigenmächtigen Handlungen der ASR.

Berlin, 28. Dez. Noch immer werden Fälle bekannt, in denen Mitglieder der ASR auf Anrufen eines Beteiligten in zur Zuständigkeit der Gerichte gehörenden Streitfragen, und zwar insbesondere in Mietstreitigkeiten, Verfügungen erlassen, die mit den bestehenden Gesetzen nicht vereinbar sind und unzulässige Eingriffe in die Rechtspflege bedeuten. Es muß erwartet werden, daß auch Einzelfälle der bezeichneten Art völlig verschwinden werden. Andernfalls empfiehlt sich ein schleuniger Bericht des Betroffenen an den Justizminister.

Schutz der Ostgrenze.

Berlin, 28. Dez. Wie offiziös verlautet, sind die Verhandlungen zwischen Deutschland und Litauen zum Abschluß gelangt, und es ist der Beschluß gefaßt worden, die Grenze zu schützen und insbesondere auch das bedrohte Wilna auf jeden Fall zu halten. Die deutschen Truppen werden noch auf mehrere Monate zum Schutze Litauens im Lande bleiben, außerdem werden von deutscher Seite der Tarybа, d. h. der litauischen Regierung, Waffen zur Verfügung gestellt werden, die von dieser an die litauischen, weiß-russischen und jüdischen Bevölkerungsgruppen zur Organisierung einer gemeinsamen bewaffneten Macht verteilt werden.

Erleichterter Verkauf von Militärpferden.

Berlin, 28. Dez. Das Kriegsministerium hat angeordnet, daß die jetzt stattfindenden Versteigerungen der überzähligen werdenden Militärpferde nicht nur in den Demobilmachungsorten, sondern möglichst auch außerhalb derselben vorgenommen werden, so daß auch die Bewohner abgelegener Bezirke Gelegenheit zur Erwerbung von Pferden haben. Wegen der äußerst schwierigen Transportverhältnisse und des Mangels an Wartepersonal wird sich diese Maßnahme jedoch nicht überall durchführen lassen.

Unsere Lage in englischer Beleuchtung.

London, 28. Dez. Über die Lage in Deutschland berichtet der Stockholmer Korrespondent der „Times": Was einem Engländer, der nach Deutschland kommt, zuerst auffällt, ist der Zustand völliger Erschöpfung infolge des Druckes der Blockade. Der Gesamteindruck von dieser allgemeinen Erschöpfung ist so stark, daß man sich nur wundern kann, daß Deutschland so lange ausgehalten hat. Die Blockade hat Deutschland zu Fall gebracht. Deutschland liegt völlig darnieder. Man kann sagen, es ist kein kriegführendes Land mehr. Das Deutschland von heute gleicht einem Manne, der bei dem Versuche, den Pol zu erreichen, infolge Nahrungsmittelmangels geschwächt, die Hoffnung verlor und sich in den Schnee sinken ließ. Keine Macht der Erde könne Deutschland veranlassen, sich zu erheben und die Waffen wieder aufzunehmen; selbst wenn es sich zu einem solchen Entschlusse aufraffen würde, müßten seine Nerven und Muskeln versagen.

Zeit- und Streitfragen.

Stimmen aus allen Parteien.

Der kritische Zustand

überschreibt der Berliner Vorwärts, der während der Weihnachtsfeiertage selbst für einen Augenblick durch Überfall in die Hände einer Gruppe von Putschisten geriet, seinen letzten Leitartikel. Es heißt darin:

Wie lange, glaubt man, würde sich die Masse der arbeitenden Bevölkerung Berlins eine solche zügellose Bandenherrschaft gefallen lassen? Schon jetzt hat der Despotismus, der von einer kleinen Minderheit ausgeübt wird, einen Grad erreicht, der nicht mehr ertragen werden kann und es ist notwendig, den Widerstand gegen ihn zu organisieren. Die Arbeiter werden sich nicht mehr irreführen lassen durch das Schlagwort „Gegenrevolution", mit dem man alles zu kompromittieren versucht, was geeignet ist, der Willkürherrschaft einer gewalttätigen Minderheit Schranken aufzuerlegen, Schutz der Republik, der Demokratie, der persönlichen Freiheit, Unterstützung der sozialdemokratischen Regierung gegen die Unterdrückung, die Einschnürung, die Bedrohung, die tagtäglich gegen sie versucht wird, das ist keine Gegenrevolution, sondern Schutz der revolutionären Errungenschaften gegen ein verbrecherisches Treiben, das sie zu vernichten droht. Wir müssen den Dingen klar ins Auge sehen. Daß wir nicht Gewalt, sondern Freiheit, nicht Bürgerkrieg, sondern Einigkeit wollen, bedarf keines Beweises mehr. Aber wir wissen auch, daß die andern ihre Sache auf nackte Gewalt und Bürgerkrieg gestellt haben. Darum dürfen wir keinen Augenblick vergessen, daß wir jede Minute bereit sein müssen, für unsere Genossen in der Regierung und damit für die Sache der Sozialdemokratie bis zum allerletzten einzustehen.

„Die einzige Hoffnung."

In einer Würdigung der letzten Ereignisse in Berlin und der dadurch geschaffenen Situation sagt die Deutsche Tageszeitung:

Für die Freunde der Ordnung ergibt sich aus alledem, daß die Hoffnung, die provisorische Regierung werde Rechtssicherheit und geordnete Zustände schaffen, aufgegeben werden muß. Entweder fehlt ihr die Kraft oder schon der Wille dazu oder beides. Die einzige Hoffnung bleibt demnach die Nationalversammlung. Niemand, der Ordnung in Deutschland will, darf bei den Wahlen dazu nach den letzten Vorgängen noch seine Stimme für die gegenwärtigen Regierungsparteien abgeben! Welche Steine die Verschlechterung der inneren Lage zugleich der Nationalversammlung auf den Weg wälzt, liegt auf der Hand. Um so fester muß der Wille aller Freunde von Ordnung und Freiheit sein, das Recht, das der Volkswille der Nationalversammlung gibt, gegen alle Hindernisse durchzusetzen.

Die Straßenkämpfe in Posen.

Protest gegen feindliche Fahnen.

Posen, 28. Dezember.

Die Unruhen standen im Zusammenhang mit der Rückkehr des Grenadierregiments Nr. 6 aus dem Felde, dessen Angehörige die überall heraushängenden englischen und amerikanischen Fahnen herunterrissen. Es folgten Straßenkundgebungen der Deutschen und der Polen. Gleich darauf fielen die ersten Schüsse. Sodann wurden Truppen alarmiert, die schnell heranrückten. Es kam an verschiedenen Teilen der Stadt zu regelrechten Feuerkämpfen, zum Teil mit Maschinengewehren und Handgranaten. Es gab Tote und Verwundete. Abends und in der Nacht setzten sich die Kämpfe fort. Abteilungen polnischer Soldaten haben sich nach dem Bahnhof begeben auf die Meldung hin, daß Truppen aus Berlin im Anmarsch seien. Man befürchtet weitere Kämpfe. Vertreter des polnischen Staatsrates und der englischen Mission, die mit Paderewski hier eingetroffen ist, verhandelten im Generalkommando, um gegen die Ausschreitungen Stellung zu nehmen. Der kommandierende General erklärte, daß er gegenüber den Soldaten machtlos sei. Auf weitere Bemerkungen über das Herunterreißen der Fahnen der Entente erklärte der Chef des Stabes, daß man doch in Preußen sei und feindliche Fahnen nicht dulden könne. Auf diese Antwort des Generalmajors verließen die englischen und polnischen Vertreter unter Abbruch der Verhandlungen das Generalkommando.

Wie verlautet, hat die Regierung Einspruch gegen die Posener Demonstrationsreise Paderewskis erhoben mit der Begründung, daß ihm lediglich ein freies Geleit von Danzig an die polnische Grenze zur Reise nach Warschau zugesichert sei. Die preußische Regierungsbehörde in Posen ist infolgedessen angewiesen worden, Paderewski sofort zur Weiterreise nach Warschau zu veranlassen.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

+ **Der offensichtliche Niedergang von Handel und Industrie bereitet auch dem Vorwärts schwere Sorge.** Geht es so weiter, schreibt er in einem Bericht über die Börse, so leidet der Kredit Deutschlands in der ungeheuerlichsten Weise und alle Unternehmungslust wird so sehr gedrosselt, daß die nach allem Unglück doppelt nötige Wiederaufrichtung der deutschen Wirtschaft ein frommer Wunsch bleibt. Die leichten Kriegsgewinne haben bereits die Wirtschaftsmoral schwer getroffen und untergraben; die Revolution droht uns vom Regen in die Traufe zu führen, wenn nicht rasch, aber ganz rasch die primitivsten Voraussetzungen ruhiger und beständiger wirtschaftlicher Arbeit geschaffen werden.

+ **Einen besonderen Dank an die Eisenbahner hat die Regierung erlassen.** Die Eisenbahner, so heißt es darin, wissen, daß die junge sozialistische Republik Deutschlands es nicht bei leeren Worten des Dankes bewenden läßt. Die Rechtsstellung der Eisenbahner soll ausgebaut und von den Fesseln aller Vorurteile befreit, ihre wirtschaftliche Lage im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten gehoben werden. Die Grundlage für die staatliche Finanzwirtschaft und für den Wert des Geldes bildet der Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft. Bis dahin ist noch ein langer und beschwerlicher Weg.

+ **Eine besonders schmachvolle Verwendung der deutschen Kriegsgefangenen** leistet sich die französische Regierung, indem sie sich ihrer zum Wiederaufbau Frankreichs bedient. Für Häfen und Bauzwecke sollen 120000 Kriegsgefangene verwendet werden. Der Arbeitsminister hat den betreffenden Kommissionen und Präfekten mitgeteilt, daß die Verteilung der deutschen Gefangenen noch zwei Jahre dauern werde und daß man dafür Sorge tragen solle, die Arbeiten so zu verteilen, daß sie nach diesem Zeitraum beendet werden können. Diese Nachricht wird in unzähligen deutschen Familien Sorge und tiefste Entrüstung hervorrufen, denn eine solch unmenschliche Bestimmung befand sich noch nie in einem Friedensvertrag. Die Reichsregierung und das gesamte deutsche Volk müssen hiergegen einen flammenden Protest erheben.

+ **Die Verluste bei den Kämpfen in Berlin** am 24. Dezember werden von den beiden Parteien ganz verschieden angegeben. Nach Angaben der Kommandantur sollen die Truppen der Regierung nicht weniger als 56 Tote gehabt haben. Demgegenüber erklärt die Garde-Kavallerie-Schützendivision, daß sich ihre Verluste nur auf 2 Tote und 11 Verwundete belaufen. Auch läßt diese Division bekanntgeben, daß sie es ablehnt, ihre Toten gemeinsam mit denen der Matrosen begraben zu lassen.

+ Die Gründung einer deutsch-südwestafrikanischen Republik wird von den dortigen Deutschen geplant. Die deutschen Bewohner Südwestafrikas haben nämlich eine Bittschrift an den Präsidenten Wilson gerichtet, in der sie betonen, angesichts des politischen Selbstbestimmungsrechtes der Völker eine Republik in föderalem Verbande mit Deutschland bleiben zu wollen. In dem noch nicht veröffentlichten Text dieser Bittschrift soll u. a. bemerkt sein, daß die Eingeborenen Deutsch-Südwestafrikas eine derartige Regelung sehr gern sehen würden und vollständig damit einverstanden seien.

+ **Über die geplante Republik Schlesien** weiß der Vorwärts folgendes mitzuteilen: Um den kapitalistischen, polnischen und tschechischen Tendenzen entgegenzuwirken, die immer stärker auf die Gründung einer oberschlesischen Republik hinarbeiten, halten die ASR ganz Schlesiens, die durchweg auf mehrheitssozialistischem Boden stehen, es für notwendig, ganz Schlesien zu einer einheitlichen Republik auszurufen. Die Ausrufung soll sofort erfolgen. Über diesen Plan wird zurzeit mit der Reichsleitung verhandelt. Die Zentralregierung ist mit diesem Vorgehen in Schlesien keineswegs einverstanden und hat zum Zwecke einer Einigung herbeizuführen, den Volksbeauftragten Landsberg und den preußischen Minister Breitscheid nach Breslau entsandt.

+ **Der Darmstädter ASR fordert die offizielle Abdankung des Großherzogs von Hessen,** und verlangt ferner, der Großherzog solle das Land verlassen oder werde interniert. In Darmstadt kursiert das Gerücht, der Großherzog von Hessen infolge seiner guten Beziehungen zu verschiedenen ausländischen Höfen habe, zur Leitung des geplanten neuen Rheinbundes gerufen zu werden.

+ **Über die Zerstörungen in Belgien,** für soweit sie durch uns etwa erfolgten, Schadenersatz geleistet werden sollen, werden von den Feinden absichtlich falsche Berichte verbreitet. Demgegenüber sind nach Ausweis des

Posen.
hnen.
28. Dezember.
enhang mit der
aus dem Felde,
ängten englisch
en. Es folgten
er Polen. Gleich
wurden Truppen
n an verschiedenen
mpfen, zum Teil
en. Es gab Tote
Nacht setzten sich
Soldaten haben
Meldung hin, daß
Man befürchtet
chen Staatsrates
erewski hier ein-
llkommando, um
u nehmen. Der
r gegenüber den
emerkungen über
ente erklärte der
en sei und feind-
iese Antwort des
und polnischen
gen das General-
Einspruch gegen
rewskis erhoben
ein freies Geleit
zur Reise nach
sche Regierungs-
gewiesen worden
Warschau zu ver-
all.
von Handel und
s schwere Sorge.
Bericht über die
nds in der unge-
ungslust wird
lück doppelt nötige
chaft ein frommer
inne haben bereits
und untergraben;
in die Traufe zu
ch die primitivsten
ger wirtschaftlicher
isenbahner hat die
so heißt es darin,
ublik Deutschlands
kes bewenden läßt.
oll ausgebaut und
ihre wirtschaftliche
glichkeiten gehoben
che Finanzwirtschaft
der Wiederaufbau
ßt noch ein langer
Verwendung der
ich die französische
iederaufbau Frank-
decke sollen 120000
Der Arbeitsminister
nd Präfekten mit-
n Gefangenen noch
man dafür Sorge
teilen, daß sie nach
n. Diese Nachricht
n Sorge und tiefste
h unmenschliche Be-
em Friedensvertrag.
deutsche Volk müssen
heben.
en in Berlin am
Parteien ganz ver-
der Kommandantur
nicht weniger als
erklärt die Garde-
re Verluste nur auf
n. Auch läßt diese
ablehnt, ihre Toten
begraben zu lassen
südwestafrikanischen
tschen geplant.
haben nämlich
gerichtet, in der
stbestimmungsrechtes
alem Verbande mit
dem noch nicht ver-
ll u. a. bemerkt sein
estafrikas eine der-
den und vollständig
Schlesien weiß da
n den kapitalistischen
en entgegenzuwirken
einer oberschlesischen
SR ganz Schlesiens
hem Boden stehen, o
einer einheitlichen
g soll sofort erfolgen
er Reichsleitung ver
nit diesem Vorgehen
und hat zum Zwecke
n Volksbeauftragten
nister Breitscheid nach
t die offizielle A
dessen, und verlan
and verlassen oder
fiert das Ger
e seiner gu
ischen Höfen
euen Rheinbun
elgien, für
Schadenersa
htlich falsche
Ausweis des

am Herbst 1914 auf polnischem Boden insgesamt 24 000 Gebäude zerstört. In Westflandern ist bei den vierjährigen unablässigen Kämpfen ein langer Streifen von Nieuport bis Ypern verwüstet, unsere Artillerie ist leider gezwungen gewesen, die schöne Stadt Ypern, deren völlige Schonung anfänglich beabsichtigt war, unter ihr Vernichtungsfeuer zu nehmen, nachdem die Engländer sie nicht nur zum Stützpunkt der Front, sondern auch zum Ausfalltor für die großen Flandernschlachten gemacht hatten. Von den Orten östlich der Yserlinie sind aber fast alle ausschließlich durch den Gegner, durch die Engländer und Belgier, zerstört.

Österreich.

× **Für die Vereinigung mit Deutschland ist mit Entschiedenheit der Präsident der österreichischen Kammer, Renner, der die Lage in Osteuropa für sehr dunkel hält. Nach seinen Auslassungen werden sich die Deutsch-Österreicher einer etwaigen Donauföderation nicht anschließen, weil sie wissen, daß sie von den Slawen und Magyaren gehaßt werden. Dagegen ziehen sie eine Union mit Deutschland vor, obwohl in dieser Richtung keine Schritte unternommen werden.**

Bulgarien.

× **In Sofia und anderen Städten sind bolschewistische Unruhen ausgebrochen, die einen großen Umfang angenommen und eine so bedrohliche Lage geschaffen haben, daß französische Truppen zur Wiederherstellung der Ordnung hergerufen wurden. Angesichts der katastrophalen inneren Lage steht Bulgarien vor einer Kabinettkrise. Ministerpräsident Malinow hat seinen Rücktritt angedroht, falls die demokratische Partei die revolutionären Elemente weiter unterstützen würde.**

Aus In- und Ausland.

Berlin. Den Angehörigen des deutschen Heeres, der Marine usw., die während des Krieges in Kriegsgefangenschaft geraten sind oder noch geraten, ist die Zeit der Kriegsgefangenschaft als Dienstzeit anzurechnen, wenn nicht nachgewiesen ist, daß eigenes Verschulden vorgelegen hat.

Berlin. An Stelle des Kommerzienrats Wallerstein ist zum Vorsitzenden der Reichsstelle für Schuhversorgung der bisherige Stellvertreter Dr. Gümbel ernannt worden.

Berlin. Die hiesige Deutsch-demokratische Volkspartei hat beschlossen, sich in Zukunft auch an Straßenkundgebungen zu beteiligen.

Berlin. Als Kandidaten für die Nationalversammlung wurden u. a. Friedrich Naumann und Frau Dr. Else Lüders von der Deutsch-demokratischen Volkspartei aufgestellt.

Dresden. Der Warenaustausch zwischen Deutschland und Böhmen hat wieder begonnen.

Stuttgart. Hier findet eine süddeutsche Ministerkonferenz statt, um die Ernährungsschwierigkeiten in Süddeutschland zu beheben.

Karlsruhe. Die französische Regierung beschlagnahmt in Elsaß-Lothringen alles deutsche Eigentum unter dem Vorwande, sich ein Pfand für die im Friedensvertrag Deutschland aufzuerlegenden Lasten zu sichern.

Prag. Die Regierung der deutschen Republik wird bei nächster Gelegenheit auf die Botschaft des Präsidenten Masaryk über das Verhältnis der tschecho-slowakischen Republik zu Deutschland antworten.

Budapest. Mit Rücksicht auf den Mehlmangel wurde die Backmehlquote um 70 und die Brotmehlquote um 30% herabgesetzt.

Basel. Den bisher von Griechenland in der Öffentlichkeit erhobenen Ansprüchen auf den ehemalig griechischen Teil der kleinasiatischen Küste ist jetzt die Tat gefolgt. Griechische Matrosen landeten in Smyrna und haben von der Stadt Besitz genommen.

London. Die „Times" hören, daß Graf Karolyi jetzt nach Paris unterwegs ist, um einen letzten Versuch zu machen, Ungarn zu retten.

Lokaler Teil.

Merkblatt für den 29. und 30. Dezember.

Sonnenaufgang	8^{15} (8^{14})	Mondaufgang	4^{28} V. (5^{31} V.)
Sonnenuntergang	3^{50} (3^{51})	Monduntergang	12^{53} N. (1^{31} N.)

29. Dezember. 1836 Afrikareisender Georg Schweinfurth geb. — 1838 Finnischer Bildhauer Walter Runeberg geb.

30. Dezember. 1857 Forschungsreisender Joachim Graf Pfeil geb. — 1865 Englischer Schriftsteller Rudyard Kipling geb. — 1912 Diplomat Alfred v. Kiderlen-Wächter gest. — 1916 Ablehnung des deutschen Friedensangebots durch die Verbandsmächte. — Krönung Kaiser Karls zum König von Ungarn.

□ **Hoffnung und Enttäuschung.** In den Tagen zwischen Weihnachten und Neujahr lebten wir sonst in einer seelig verträumten Stimmung. Der Nachklang des trauten Festes bebte noch in unseren Seelen und daneben griff eine seltsame sylvesterliche Stimmung Platz, die das Herz mit frohen Hoffnungen füllt. Ach, wir leben ja eigentlich nur von der Hoffnung; denn was wir auch tun, was wir auch erreichen, immer knüpft sich eine neue Hoffnung daran. Und wie wir auch immer enttäuscht werden, „an der Lebensfackel des Glücks entzündet sich immer die Flamme neuer Hoffnung". Und in diesem Jahre! Hegt wirklich noch einer unter uns die starke Hoffnung, daß das allgemeine Leid um das Vaterland in absehbarer Zeit schwinden, daß die unselige Zeit zwischen Krieg und Frieden verkürzt werde? Wir haben seit Anfang Oktober so viel an Enttäuschungen erlebt, wir erleben deren noch täglich so viel, daß unsere Hoffnung sich kaum noch hervorwagt. Und dennoch, wie der einzelne Mensch nur leben kann durch die Hoffnung, wie er ihrer tröstenden Begleitung nicht entraten kann, so kann auch ein Volk nur leben, wenn es auf die Erfüllung seiner Mission hofft. Wir müssen durch das Dunkel dieser Tage und hinter ihnen leuchtet eine freundliche Sonne. An dieser Hoffnung müssen wir trotz aller Enttäuschungen festhalten.

o **Gegen eine Verstaatlichung der Schulbücher.** Der buchhändlerische Fachausschuß des Handelsbezirks Leipzig kam nach eingehender Erörterung zu dem Ergebnis, daß jedes Monopol von Schulbüchern zu verwerfen sei. Eine übereilte Verfügung müßte dem deutschen Buchhandel, dem deutschen Buchgewerbe, insbesondere aber der deutschen Kultur großen Schaden zufügen.

* **Bevorstehende Auflösung der Kriegsmetall-Aktien-Gesellschaft.** Die Kriegsmetall-A.-G. wird schon in allerkürzester Zeit in Liquidation treten. Die noch in den Händen der Kriegsmetall-A.-G. befindlichen Vorräte werden auf Grund einer bestimmten Kontingentierung an die einzelnen Gruppen verteilt werden. Die Auflösung der Kriegs- damit zusammen, daß sie lediglich zu dem Mehr- den war, die Metallbeschaffung für die darüber- riegs in die Wege zu leiten und gingen die Kenntnis zu nehmen. Ueberzeugung rise eine ung des Güterverkehrs gige Mög- haben die Handelskammern kung vor burg, Düsseldorf, Münster Hagen, Iserlohn,



Merktage für die Wahlen.

30. Dezember: Beginn der Auslegung der Wählerlisten. Nur wer in der Wählerliste steht, wird zur Ausübung des Wahlrechts zugelassen.

4. Januar: Letzter Termin für die Einreichung der Wahlvorschläge beim Wahlkommissar.

6. Januar: Ablauf der Frist für die Auslegung der Wählerlisten. Etwaige Einsprüche gegen die Wählerliste müssen bis zum 6. Januar bei der Gemeindeverwaltungsbehörde angebracht werden.

12. Januar: Letzter Tag für die schriftliche Mitteilung an den Wahlkommissar, daß Wahlvorschläge miteinander verbunden werden sollen. Ebenfalls bis zum 12. Januar muß der Wahlkommissar eine Erklärung des Bewerbers der auf verschiedenen Wahlvorschlägen vorgeschlagen ist, darüber herbeiführen, für welchen Vorschlag er sich entscheiden will. Bis zum 12. Januar müssen auch alle Maßnahmen für die technische Durchführung der Wahlen getroffen sein.

14. Januar: Spätestens an diesem Tage haben die Bekanntmachungen über sämtliche zugelassenen Wahlvorschläge und über etwaige Verbindungen von Wahlvorschlägen zu erfolgen.

16. Januar: Letzter Tag für die Ernennung des Wahlvorstandes, der aus dem Wahlvorsteher bzw. seinem Stellvertreter, 3 bis 6 Beisitzern sowie 1 Schriftführer besteht. Die Ernennung erfolgt in der Form der Einladung an die Mitglieder des Wahlvorstandes, bei Beginn der Wahlhandlung zur Bildung des Wahlvorstandes im Wahlraum zu erscheinen. Die Wahlhandlung wird damit eröffnet, daß der Wahlvorsteher den Schriftführer und die Beisitzer durch Handschlag an Eidesstatt verpflichtet und so den Wahlvorstand bildet.

19. Januar: Wahltag. Die Wahlzeit dauert von 9 Uhr vormittags bis 8 Uhr nachmittags. Unmittelbar nach Schluß der Abstimmung werden die Wahlumschläge uneröffnet gezählt, ebenso die Abstimmungsvermerke in der Wählerliste. Falls nicht mehr am Wahltag selbst, muß am

20. Januar die Prüfung des Abstimmungsergebnisses erfolgen. Das Nähere bestimmen §§ 41 ff. W.O.

25. Januar: Berufung des Wahlausschusses zur Ermittlung des Wahlergebnisses. Nach Feststellung unverzügliche Bekanntgabe des Wahlergebnisses.

1. Februar: Spätestens an diesem Tage müssen die Gewählten eine Erklärung abgeben, ob sie die auf sie gefallene Wahl annehmen.

Lüdenscheid und Siegen eine Eingabe an die Waffenstillstandskommission gesandt. Ferner beantragen die Handelskammern dringend die Heranziehung von hervorragenden Sachverständigen aus dem deutschen Wirtschaftsleben, wobei besonders auch die Industrie der Rheinprovinz und Westfalens genügend berücksichtigt werden müßte.

* **Rentenempfängern,** die als frühere Eisenbahnbedienstete ihre Rente aus der Abteilung A der Pensionskasse für die Arbeiter der preußisch-hessischen Eisenbahngemeinschaft erhalten und auf Grund der Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 3. Januar 1918 zur Zeit neben der Invaliden- oder Krankenrente eine Zulage von 8 ℳ, neben der Witwen- (Witwer-) oder Witwenkrankenrente eine Zulage von 4 ℳ monatlich empfangen, wird in Rücksicht auf die durch den Krieg hervorgerufene allgemeine Verteuerung der Lebensmittel bis auf weiteres und zwar rückwirkend vom 1. Oktober 1918 ab eine in monatlichen Teilbeträgen im voraus zahlbare weitere Zulage von 8 bezw. 4 ℳ aus Mitteln der Staatseisenbahnverwaltung gezahlt, so daß eine Verdoppelung ihrer bisherigen Rentenzulage eintritt. Die Zahlung wird von der dem Wohnorte des Empfängers nächst gelegenen Stationskasse geleistet.

Paderborner Stadtchronik.

Versammlung der evangelischen Männer und Frauen.

Im Bürgervereinssaal fand gestern nachmittag eine vom Arbeits-Ausschuß der evangelischen Gemeinde einberufene Versammlung statt, die einen sehr guten Besuch aufzuweisen hatte. Die Versammlung wurde von Bahnmeister Lindrum geleitet, der nach kurzer Einleitung alsbald dem Referenten, dem früheren Landtagsabg. Stärkel aus Detmold, das Wort zu seinem Vortrag: Die Wahl der Nationalversammlung gab. Der Referent, der sich zu der aus dem Freisinn hervorgegangenen demokratischen Partei bekannte, wies zunächst darauf hin, wie der Freisinn schon früher gegen das alte System und für den Fortschritt, gegen das persönliche Regiment und für eine Volksregierung gekämpft, aber nicht damit durchzudringen vermocht habe. Das Zentrum, das sich lange und beharrlich dem widersetzte, habe sich im Herbst auf die Seite der Linksparteien gestellt. Wir hatten wohl ein demokratisches Reichstagswahlrecht, aber dem Reichstag fehlten dazu die politischen Rechte. Das Mißtrauensvotum für den Kanzler anläßig „Zabern" hatte keine praktische Folgerungen. Von einer Verantwortlichkeit des Volkes war keine Rede. Trotzdem war Deutschland unschuldig an dem Weltkriege, den man uns bewußt aufzwang, nicht zum Heile der Demokratie, sondern um uns wirtschaftlich zurückzuwerfen. Dieses Ziel haben die Feinde erreicht. Als einziger Aktivaposten in unserer Kriegsbilanz könne man allenfalls Wilson betrachten, von dessem Programm England und Frankreich aber schon wichtige Stücke (Freiheit der Meere) abbröckelten. Der Redner erklärt, daß er die Revolution vom ersten Tage an den größten aller gemachten Fehler bezeichnet habe, der man dazu die politische Berechtigung absprechen müsse, denn die Volksregierung war bereits da, das persönliche Regiment beseitigt, das Wahlrecht gesichert. Die Reformen waren bereits fest verankert, der Waffenstillstand bereits eingeleitet, triftige Gründe zum Umsturz seien daher nicht vorhanden gewesen. Der einzige Erfolg blieb die Beseitigung des Kaisertums, aber im übrigen habe sich die Revolution als ein schweres Verbrechen am deutschen Volke erwiesen. Wir müssen uns heute trotz allem auf den Boden der Tatsachen stellen und unser aller Bestreben müsse sein, bei den Nationalwahlen eine bürgerliche Mehrheit, an die er glaube, zu erreichen. Unser Volk braucht Frieden, Arbeit und Brot. Der Redner führt aus, wie durch die Revolution der Frieden, den wir schon im Dezember haben konnten, auf unbestimmte Zeit hinausgeschoben wurde. Wegen der unsinnigen Revolution müßte unser Volk weiter hungern und darben. Die Revolution verschulde ferner die Arbeitslosigkeit. Auf die gegenwärtige Lage und Hilfe wie Energielosigkeit der Regierung hinweisend, betonte Redner, daß die Sozialdemokratie sich in den letzten Wochen als politische Partei unmöglich gemacht und als unfähig dazu erwiesen habe, eine Regierung zu führen. Das Bedauerlichste sei, daß durch die fortwährenden und unmöglichsten Versprechungen an die Arbeiter die Revolution heute schon in eine Lohnbewegung ausgeartet sei. Die wirtschaftlichen Forderungen stehen im Mittelpunkte und sie arten, unterstützt durch die unfeste Politik der Regierung, zu einer wirtschaftlichen Gefahr aus, mit dem sicheren Zusammenbruch unseres Wirtschaftslebens, wenn nicht alsbald Einhalt geboten wird. Lohnfragen sind keine politische Fragen und ihre Regelung sollte man den Gewerkschaften überlassen. Alle Dekrete seien zudem nutzlos, wenn man dem Arbeitgeber es unmöglich mache, Arbeitsgelegenheit infolge überspannter Forderungen zu schaffen. Gegenüber diesen hoffnungslosen Zuständen müsse am 19. Januar jede Frau und jeder Mann mit dem Stimmzettel ankämpfen. Der Redner kam dabei zu den einzelnen Parteien. Die Konservativen, die sich jetzt deutschnationale Volkspartei nenne, lehnte Redner als Vertreter des schuldigen alten Systems rundweg ab. Die Nationalliberalen haben sich nach links und rechts gespalten, sie seien auch in ihrer Zusammensetzung eine unmögliche Partei gewesen. Der linke Flügel schloß sich der demokratischen Partei an, die zwischen Sozialdemokratie und Zentrum als Volkspartei wirken wolle.

Das Zentrum habe sehr viele und volksfreundliche Arbeit geleistet, namentlich in letzter Zeit stand das Zentrum in vielen Fragen im Verein der Mehrheitsparteien. Was man aber einwenden müsse, sei der Charakter des Zentrums als konfessionelle Partei, deshalb habe es der Fortschritt grundsätzlich bekämpft. An der sozialen Entwicklung habe indes das Zentrum eifrig mitgearbeitet und insbesonders hebt der Redner die Erfolge und Arbeit Erzbergers hervor, der sich durch seine Voraussicht und jetzige Arbeit große Verdienste um die Zukunft des Volkes erworben habe.

Die Sozialdemokratie lehnte der Redner entschieden ab, weil sie eine Klassenpolitik, für die unter keinen Umständen Platz vorhanden sei, betreibe.

Der demokratischen Partei, für die der Redner eintrat, liege es fern, auf dem religiösen Gebiete störend einzugreifen. Die ev. Landeskirche sei mit dem Staat weit enger verbunden wie die kath. Kirche. Wir wünschen, daß alle Bekenntnisse in ihrer Organisation und Rechten erhalten bleiben wir lehnen namentlich das französische Rezept ab und wir wollen auch den Religionsunterricht in der Schule erhalten wissen, zumal gerade die letzte Zeit gezeigt habe, welcher Nutzen die Religion für das Volk sei. Toleranz müsse aber geübt werden und jeder Gewissenszwang seitens des Staates verschwinden.

Für die Nationalwahlen seien nähere Parteiprogramme zwar kaum von Bedeutung, durch die Bewegung, infolge der Dekrete Hoffmanns, sei es aber angebracht, zu diesen Fragen Farbe zu bekennen.

Zum Schluß forderte der Redner die bürgerlichen Parteien dazu auf, jede Zersplitterung zu vermeiden und einig in der Abwehr der sozialdemokratischen Klassenherrschaft zum Besten der deutschen Zukunft zu sein. (Reicher Beifall.)

In der Diskussion warnte Redakteur Aillinger vor der zu scharfen Hervorhebung der Fehler des alten Systems angesichts des vielen Guten, das es uns gebracht habee, während man von dem neuen System bisher nichts Erbauliches gesehen und seine Vorzüge erst zu beweisen habe. Ueber das kirchenpolitische Programm des Referenten freue er sich, hoffentlich sorge er aber auch dafür, daß diesen Worten die Tat folge. Herr Lipps bedauert, daß man militärische Errungenschaften der Revolution verschiedentlich wieder zu durchlöchern suche, wie Auffordern zum Grüßen und Ansetzung eines früheren Zapfenstreiches. Redakteur Aillinger erwidert, es sei erfreulich, wenn sich beherzte Männer fänden, die die durch die Revolution zerfahrene Ordnung wieder festigen wollten. Berlin zeige, wohin die Unordnung führe, nehme die Ordnung nicht wieder zu, dann bringe man das Volk völlig zum Abgrund. Rechnungsrat Koch fordert zur Organisation auf. Jeder Mann und jede Frau müsse sich auch davon überzeugen, ob sie in der jetzt ausliegenden Wählerliste ständen.

Nach dem Schlußwort des Referenten, in dem er nochmals zur Einigkeit des Bürgertums und zum Glauben an das Vaterland ermahnte, schloß der Vorsitzende die Versammlung mit einem Hoch auf das Vaterland.

Frauenversammlung der Markkirch-Pfarre.

Gestern tagte im Rathaussaal eine Frauenversammlung der Markkirch-Pfarre, die außerordentlich zahlreich besucht war. Nach den einleitenden Begrüßungsworten des Pastors Menne wurde Frau Kaufmann Heising der Vorsitz übertragen. Professor Ferrari schilderte in seinem Vortrage in klaren Worten das, was der Sozialismus uns auf wirtschaftlichem, kulturellem und religiösem Gebiete bisher gebracht hat und was uns nach der „Denkschrift Diedrich" in Zukunft noch bevorsteht. — Den 2. Vortrag hielt Fräulein Lehrerin Lüke-Bochum. Scharf und klar erklärte sie das Wesen, die Zusammensetzung und den Zweck der Nationalversammlung, daran die Wünsche knüpfend, deren Erfüllung wir vom „neuen Deutschland" erwarten. Beide Referate fanden reichen Beifall. Einstimmig wurde folgende Resolution genehmigt:

„Viele 100 im Rathaussaal zu Paderborn versammelten kath. Frauen der Markkirch-Pfarrei legen feierliche Verwahrung ein gegen die Maßnahmen der vorläufigen Regierung auf dem Gebiete der Schule. Sie verlangen Achtung ihrer unveräußerlichen Elternrechte, die Beibehaltung der konfessionellen Schule, einen völlig ausreichenden Religionsunterricht und freie, religiöse Betätigung ihrer Kinder. Sie hegen das stärkste Mißtrauen gegen die Vertreter des Kultusministeriums und fordern ihren Rücktritt."

*

— Der zweite Abend der Bielefelder brachte am Samstag ein Tanzgastspiel von Hilde Garden vom Berliner Wintergarten, das ebenfalls ein gut besetztes Haus zusammenführte. Das Publikum nahm an den Darbietungen der Dame, in der man auch eine Tänzerin von Ruf vor sich sah, sehr lebhaftes Interesse. Hilde Garden trat in zehn verschiedenen Tänzen auf. Die Kunst, die Regungen der Musik in die darstellende Tanzform zu kleiden, gelang der Dame außerordentlich. Es sei dabei hervorgehoben, daß die Künstlerin in allen ihren Tänzen große Empfindungs- und Stimmungsmalerei offenbarte und sich auch sonst als äußerst gewandte und chice Vertreterin der Tanzkunst zeigte. Hervorgehoben sei ferner, daß Hilde Garden ihr Programm in sehr dezenter Weise erstattete. Bewunderte man auf der einen Seite das rein künstlerische Können der Dame, so auf der anderen Seite die geschmackvolle Kostüm-Ausstattung. Man spendete nach jeder Nummer lauten Beifall. Die Lisztsche zweite Rhapsodie, wohl auch die künstlerisch bemerkenswerteste Programmnummer, mußte Hilde Garden da capo tanzen. Für Paderborn war ein Tanzgastspiel jedenfalls eine seltene Kost, die man aber mit sichtlichem Behagen entgegennahm. Wie wir vernehmen, haben die Bielefelder regelmäßige Theaterabende für Paderborn in Aussicht genommen.

— Ein Regen ohne Ende haben wir seit Samstag zu verzeichnen und zwar goß es gestern und vorgestern zeitweise derart in Strömen, daß die Straßen in verschiedenen Stadtteilen teils förmlich überschwemmt waren. Der anhaltende Regen hat für viele Gegenden große Hochwassergefahr gebracht. Das äußere Bild des letzten Sonntages in diesem Unglücksjahre war unter dem Einfluß des Regenwetters gegeben. Der Verkehr in der Stadt war ein nur geringer und die vor die Tore der Stadt führenden Wege waren vollends verödet. Ob mit dem morgen scheidenden alten Jahr auch endlich das ewige Regenwetter sich verabschiedet? Zu wünschen wäre es jedenfalls ganz gewiß.

— Der Sturm hat die Ehrenpforte am Westerntor arg mitgenommen. Täglich sieht man neue Fahnenstücke abgerissen an den Masten herabhängen. Weshalb läßt man die Ehrenpforte übrigens immer noch in diesem verwahrlosten Zu-

stande stehen? Eine Verschönerung des Straßenbildes stellt sie ganz gewiß nicht mehr dar. Die Truppendurchzüge sind zudem beendet und selbst wenn man etwa noch die Husaren abwarten wollte, dürfte man ihnen eine Ehrenpforte in diesem Zustande nicht bieten. Daher: Weg mit ihr und das alsbald!

— Eine Weihnachtsfeier veranstalteten gestern die Schwestern der Kleinkinderschule in der Weberstraße, zu der auch die Eltern der Kinder zahlreich erschienen waren. Die Feier verlief sehr schön, denn die Theaterstückchen, welche von den Kindern gut gespielt wurden, boten den Eltern eine wahre Freude. Für die Mühe und Arbeit, welche die Schwestern mit den Kindern haben, können die Eltern nur ihren Dank aussprechen, indem sie den Schwestern ein Vergelt's Gott! zurufen.

— Nochmalige Warnung. Trotzdem von der Polizei schon wiederholt auf die Gefahren des unbefugten Abschießens von Leuchtpatronen in der Stadt hingewiesen worden ist, wird der Unfug fortgesetzt. Hierbei bestehen nicht nur die Gefahren, auf die schon hingewiesen wurde. Flugzeuge, die bei Dunkelheit auf dem Flugplatz Paderborn landen wollen, werden irre geführt, landen an falscher Stelle und schwere Unglücksfälle sind unvermeidlich. So irrte am 25. 12. 18 zwischen 8 und 9 Uhr abends ein Riesenflugzeug, welches von Düsseldorf gemeldet war, in völliger Dunkelheit über der Stadt umher. Wüßten die Personen, die diesen Unfug verüben, wie einem Flieger zumute ist, der ohne Landemöglichkeit sich in der Luft befindet, sie würden keine Leuchtpistolen mehr anrühren.

Von Nah und Fern.

)(Bielefeld, 29. Dez. Hier fuhr ein von Brackwede einfahrender Militärzug dem Osnabrücker Personenzug kurz nach der Ausfahrt in einer Weiche in die Flanke. Die drei letzten Wagen des Personenzuges stürzten um. 8 Insassen wurden schwer, etwa 20 leicht verletzt. Die Ursache des Unfalles steht noch nicht fest.

— Dortmund, 29. Dez. Die Oberbürgermeister der westfälischen Städte haben in einer hier abgehaltenen Sitzung beschlossen, mit der Gehaltskommission des Gemeindebeamtenverbandes der Provinz Westfalen in der Frage der Gestaltung der Gehälter der städtischen Beamten baldigst in Verbindung zu treten und haben dazu einen besonderen Ausschuß ernannt.

= Mülheim-Ruhr, 29. Dez. Wie die „Freiheit" mitteilt, sind die Verhandlungen bei der Gewerkschaft Deutscher Kaiser zwischen den Streikkommissionen, den Arbeiterräten und dem Bergbaulichen Verein noch nicht beendet. Der Hauptpunkt, nämlich die Schichtdauer, ist noch nicht entschieden, die Verhandlungen werden morgen fortgesetzt. — Ein von Hamborn ausgezogener Demonstrationszug stieß gestern, nachdem er bereits auf der Schachtanlage 1/2 der Bergbaugesellschaft Concordia die Belegschaft zum Einstellen der Arbeit gezwungen hatte, auf dem Wege zur Zeche Oberhausen der Gute-Hoffnungs-Hütte mit Militär zusammen, das vom Generalsoldatenrat in Münster zum Schutz der Zechenanlagen der Gute-Hoffnungs-Hütte entsandt war. Es kam zu einem regelfechten Gefecht zwischen der bewaffneten Menge und den Soldaten, in dessen Verlauf mehrere Personen getötet und verwundet worden sein sollen. Die kämpfende Gruppe der streikenden Bergleute erhielt Verstärkung durch ein von Hamborn kommendes Automobil mit Maschinengewehren. Inzwischen hatte auch das Militär Verstärkung erhalten, so daß es ihm gelang, den Rest der Ausständischen mit dem Automobil zu umzingeln und gefangen zu nehmen. Gestern abend ist u. a. die Zeche Alstaden von den Ausständischen mit Gewalt stillgelegt worden.

× Remscheid, 29. Dez. Nach den Verhandlungen der Kommission für die Grenzregulierung des Brückenkopfes Köln wird voraussichtlich nur ein Teil der Stadt Remscheid durch englische Truppen besetzt.

!! M.-Gladbach, 29. Dez. Das hiesige Kriegsgericht verurteilte einen 16jährigen Burschen zu 20 Jahren Zwangsarbeit, weil er ein belgisches Fernsprechkabel unbrauchbar gemacht hatte.

+ Koblenz, 29. Dez. In der heiligen Nacht leuchtete ein von der fremden Besatzung auf dem Regierungsgebäude errichtetes mächtiges Kreuz weit in die Ferne hinaus. Der Schein der elektrischen Lampen war von magischem Zauber. Vom Ehrenbreitstein strahlte ein mit elektrischen Lichtern versehener Christbaum herunter — auch dies war von der fremden Besatzung veranlaßt. Auf die Bevölkerung machte dies tiefen Eindruck; sie gedachte mit Trauer der Tatsache, daß, während landesfremde Truppen ein strahlendes Kreuz hoch über der Stadt errichten, ein „deutscher" Minister für Kunst, Kultur und Wissenschaften die Entfernung der Kruzifixe aus den Schulen befiehlt.

Die Weihnachtsansprache des Papstes.

Bern, 26. Dez. In einer am 24. 12. gehaltenen Weihnachtsansprache sagte der Papst, es sei das erste Mal nach seiner Thronbesteigung, daß er die ihm dargebrachten Glückwünsche freudig annehmen könne. Er rufe vom vatikanischen Hügel die himmlische Hilfe herab auf die Völker, um den Frieden der Welt zu sichern. Seine Gebete und Wünsche richteten sich nicht allein auf die Wiederherstellung der Ordnung, sondern auch auf die Wiedererweckung jenes Geistes der Menschlichkeit und des Zusammenlebens mit den Brüdern. Seine Richtlinien für die Zukunft wolle er nirgends anders suchen, als im väterlichen Schutze. Väterlich seien seine Handlungen in der Vergangenheit gewesen, sie seien es in der Gegenwart, väterlich würden sie bis zum Ende seines Lebens sein. Der ungeheure Sturm, der über die Erde dahingerast, habe die traurigsten Spuren der Verwüstung hinterlassen; aber mehr sei noch zu befürchten, daß er in den Herzen der Menschen verhängnisvolle Reste alten Grolles zurücklassen werde, ungesunde Keime der Zwietracht, der ungroßmütigen Repressalien. Die Leidenschaften des Krieges und seines Ursprunges, die Verteidigung des Vaterlandes, hätten die Geister bis zu einem Grade der Entrüstung erhitzt, der, wenn auch vielleicht gerecht und natürlich in seinen Anfängen, doch leicht in seinen Folgen ausarten könne und die Saat der gesellschaftlichen Unordnung nicht ersticke, sondern sie im Gegenteil mit neuen Keimen belaste. Der Papst fragt sich, ob es nicht sein väterliches Recht wäre, anzunehmen, daß die moralischen Uebel und auch die materiellen Verwüstungen des Krieges wieder gut gemacht würden, um die Gefahren neuer Störungen der Ordnung fern zu halten, die aus Haß und übertriebener nationaler Leidenschaft entstehen könnten. Unser Zeitalter werde glücklich werden, wenn der Kuß der Gerechtigkeit und des Friedens von dem Geiste der Milde begleitet sei. Furcht, Mangel, materielle Kraft seien, wie die blutige Probe dies zeige, keine genügenden Bindemittel, sie seien auch nicht würdig der menschlichen Gesellschaft, die, um vernunftgemäß zu sein, auf natürlichem Wohlwollen begründet sein müssen. Der Papst hofft, daß sein Wort das Echo sei der Beratungen, die in dem Friedensareopag stattfinden. Die Sorge um die Erziehung der Kinder, der Schutz und die weise Leitung der Arbeiter, geeignete Ratschläge und Aufforderungen an die besser gestellten Klassen, einen guten Gebrauch von ihren Reichtümern und ihrem Einfluß zu machen, das seien die Felder, auf denen er in der Zukunft vor allem seine väterliche Fürsorge zu betätigen gedenke.

Vermischtes.

⊙ **Ein Geschenk für Wilson.** Die italienische Regierung will Wilson ein wertvolles altes Gemälde, das kürzlich in Rom aufgefunden wurde, als Geschenk anbieten. Das Gemälde wurde auf ein Segel jenes Schiffes gemalt, mit dem Kolumbus nach Amerika fuhr.

⊙ **Die Apenninen überflogen.** Von Poggio Renatico bei Rimini aus haben zwei Dreidecker mit zusammen 22 Personen die Apenninen überflogen und sind nach dreistündiger Fahrt, nachdem sie eine Strecke von 375 Kilometern zurückgelegt hatten, in Rom gelandet.

Letzte Draht- u. Korrespondenzmeldu

Lebensmittel für Deutsch-Oesterreich.

bb. Wien, 30. Dez. Das Staatsamt des Aeußeren von Bevollmächtigten in Bern eine Nachricht, wonach d anwesenden Vertreter der interalliierten Lebensmittelko die vorläufige sofortige Lieferung von 4000 To Weizen für Deutsch-Oesterreich zusagten. Zwec handlungen über weitere Lebensmittelsendungen wird eine Kommission in Wien eintreffen.

Wilson in Brüssel.

Genf, 28. Dez. Präsident Wilson wird nächste W Brüssel eintreffen und dort Gast des Königs sein.

Keine bewaffnete Intervention in Rußland.

Genf, 28. Dez. Nach Havas erklärte Pichon, die C wünsche keine bewaffnete Intervention in Rußland, s nur die Unterstützung der dortigen Gegenrevolution.

Die Tschechen marschieren nach Preßburg.

Wien, 28. Dez. Das tschechische Oberkommando k den Preßburger Behörden an, am 4. Januar würden tsch Truppen die Stadt besetzen.

Wichtig für Landwirte!

Das Gesetz vom 26. Juli 1918 verpflichtet sämtliche wirte, Aufzeichnungen zu machen über ihre Lieferung Leistungen. Alle geschäftlichen Einnahmen, gleichgültig durch Arbeitsleistung oder Warenlieferung erzielt werden, liegen einer Steuer von 5 vom Tausend. Ein Buch, da Vorschrift entspricht, ist von Steuerbeamten eigens für die der Landwirtschaft entworfen und auch von der Steuer als mustergültig anerkannt. Dasselbe ist für mehrere verwendbar und eignet sich der einfachen und übersi Einrichtung wegen für jeden landwirtschaftlichen Betrieb und größerer Art. Jeder Landwirt ist in der Lage, oh besondere Anleitung die geforderten Eintragungen übe Einnahmen und Ausgaben darin zu machen. Das Ges 26.7. 18 ist in jedes der Bücher vorgedruckt. Da die lassung der Buchführung strafbar ist, so muß jedem L dringend geraten werden, sich baldmöglichst mit einem Buche zu versehen.

Preis des Buches 4,50 Mk. Erhältlich **Geschäftsstelle des „Pad. Anz.", Bahnhof** Fernsprecher 913.

NB. Versand nach auswärts zuz. Porto.

Bekanntmachung

Gemäß § 12 der Wahlordnung für die Wahlen z fassunggebenden Deutschen Nationalversammlung vom 3 1918 wird hierdurch bekannt gemacht, daß als Beisitzer Wahlausschuß von mir berufen sind:

Herr Schneidermeister Martin Schulze, Minden
„ Gerichtsvollzieher a. D. Müscher, Minden
„ Kaufmann Max Schütte der Aeltere, Minde
„ Rechtsanwalt und Notar Engeling, Minden

und als Stellvertreter

Herr Kassierer Wilh. Dettmer, Minden
„ Oberpostdirektions-Sekretär Hasselbach, Mind

Minden, den 22. Dezember 1918.

Der Wahlkommissar des 17. Wahlkr
gez. von Bergen.

Druck, Verlag und Redaktion von Martin Wagne Paderborn.

Aufklärungs-Kursus

für die

wahlberechtigte Frauenwelt,

veranstaltet von der politischen Arbeitsgemeinschaf der kathol. Frauenvereinigungen in Paderborn

30. 12. 18:

1. Umwälzungen der Gegenwart. Redakteur Ailinger.

2. 1. 19:

2. Die wichtigsten Staatsformen. Dr. Brätling.
3. Die parlamentarischen Formen. Rektor Schulze.

3. 1. 19:

4. Das Programm der politischen Parteien in verschie denen Vorträgen.
   a) Allgemeines über die Parteien. Ihre geschichtlich Entwicklung und ihr heutiger Standpunkt. Domk Prof. Rosenberg.
   b) Das Programm der Zentrumspartei mit besondere Berücksichtigung der wirtsch. Seite. Direktor Peters

4. 1. 19:

   c) Beantwortung der sozialdemokratischen Schlag wörter. Seminardirektor Dr. Mundt.
5. Die Nationalversammlung. Gewerbelehrerin Peschges Münster.

7. 1. 19:

6. Was droht den Frauen von der Sozialdemokratie i religiös-sittlicher Beziehung? Oberlehrer Brögger.
7. Das politische Programm der Frauen. Oberlehrerin Peschges.

8. 1. 19:

8. Der neue Kulturkampf. Domkapitular Bartels.
9. Ist Erziehung ohne Religion möglich? Oberlehre Brögger.

9. 1. 19:

10. Das Wahlsystem. Rechtsanwalt Auffenberg.
11. Politik und Frau. Oberlehrerin Broekmann.

Der Kursus findet in der Aula des St. Michaels Klosters statt, nachmittags von 1/24—1/26 Uhr.
Für die Parteikasse wird von den Teilnehmerinnen für alle Vorträge 1 Mk., für einen Einzelvortrag 0,20 Mk Eintrittsgeld erhoben.

Gebrauchte Möbel

aller Art sowie ganze Einrichtungen kauft zu den heutigen Tagespreisen

Franz Senger, Möbelgeschäft,

Paderborn, Schildern 8. Telephon 726.

Wegen Veränderung des Betriebes

beabsichtigen wir, unsere inmitten der Stadt, am Domplatz, gelegene

Besitzung, groß ca. 38 ar,

zu verkaufen. Die Besitzung liegt an 3 Straßen in der Nähe zweier Bahnhöfe und eignet sich wegen ihrer vielen zweckmäßigen Gebäulichkeiten, die aus einem großen herrschaftlichen Wohnhaus, Restauration mit verschiedenen Sälen und Gartenanlagen, Fabrikgebäuden, Wagenremisen, Stallungen usw. bestehen, **zu jedem anderen Industriebetrieb.** Mäßige Anzahlung. Weitere Auskunft wird bereitwilligst erteilt.

Paderborn, den 28. Dezember 1918.

Vereinsbrauerei Schönbeck & Co.

Exportbierbrauerei.

Telegramme: Vereinsbrauerei. Fernsprecher 24.



2 schwarze Paßpferde

1,75 groß, beide Wallache, 4- und 5jährig, garantiert zugfest, wegen Anschaffung leichterer preiswert abzugeben.

Ww. Nüsing,
Grundsteinheim.

Speise- oder Herbstrüben

abzugeben. 1 Zentner ins Haus gebracht 5 Mark.
Schneidermeister Kirchhoff
Nordborchen.

Gutskauf.

Rasch entschlossener Käufer (bisher im Felde) sucht mittlere

Landwirtschaft

(100—300 Morgen mit Inventar zu kaufen.

Ausführliche Angebote unt. 1580 an die Geschäftsstelle des Paderborner Anzeigers.

Husten, Atemnot, Verschleimung.

Schreibe allen Leidenden gerne umsonst, womit ich mich von meinem schweren Lungenleiden selbst befreite.
Heinrich Deicke, Wackersleben, Provinz Sachsen.
Auch b. Hautjucken, Flechten, Krätze, offenen Beingeschwüren gern umsonst Auskunft. Rückmarke erwünscht.

Auskunfts- und Fürsorgestelle für Lungenkranke der Stadt Paderborn

Aerztliche Sprechstunde jeden Mittwoch, vormittags von 11 bis 12 Uhr im Hanse Kamp 49 (gegenüber dem bischöflichen Palais). Unentgeltliche Untersuchung und Beratung Lungenkranker, Familie-Fürsorge. Aerztl Behandlung ausgeschlossen

Kranke, welche in ärztlicher Behandlung stehen, werden um Ueberweisungsschein des behandelnden Arztes gebeten

Verschossene Militär-Mäntel u. Anzüge

werden auf neu gefärbt und gereinigt.

Färberei **Galluschke**

Waschanstalt.

Paderborn, Westernstraße 38
Detmold, Langestraße 29.

Privat

Mittag- und Abendtisch

empfiehlt

Frau Märten,
Paderborn, Westernstraße 5

Suche eine gutgehende

bessere Wirtschaft evtl. kleineres Hotel

vorl. pachtweise zu übernehmen.

Off. an W. Bender, Küchenmeister, Münster i. W., Adlerstraße 11, I.

Inserate aller A

finden bei der fortgesetzt steigenden Le zahl in Stadt und Land Paderborn

„Paderborner Anzeig

:-: Amtliches Kreisblatt
Anzeiger für Neuhaus u. Delbri
weite Verbreitung und versprechen sich Erfolg.

Bei Wiederholungen wird Rabatt ge

Steckbrief.

Gegen den unten Beschriebenen, welcher flüchtig ist, ist die Untersuchungshaft wegen Diebstahls begangen in Neuhaus, Kreis Paderborn, im Oktober 1918 verhängt.

Es wird ersucht, denselben zu verhaften und in das nächste Gerichts-Gefängnis abzuliefern sowie zu den hiesigen Akten 1 J. Nr. 2017/18 sofort Mitteilung zu machen.

Personbeschreibung.

1. Familienname: Torlost,
2. Vorname: Ignatz,
3. Stand und Gewerbe: Knecht,
4. Anscheinendes Alter: 15 Jahre,
5. Geboren am 20. Mai 1903 zu Langendreer Kreis Bochum,
6. Letzter Aufenthalt (Wohnung): Neuhaus i. W.,
7. Jetziger (vermuteter) Aufenthalt: unbekannt,
8. Größe: 1.40,
9. Gestalt: klein,
10. Haar: hellblond,
11. Gesicht: oval,
12. Stirn: hoch,
13. Auge: braun,
14. Augenbrauen: blond,
15. Nase: gew.,
16. Ohren: gew.,
17. Mund: gew.,
18. Zähne: gesund,
19. Kinn: rund,
20. Hände und Füße: gew.,
21. Hang und Haltung: gew.,
22. Sprache: Deutsch,
23. Bekleidung: Mütze, Joppe, Weste, Hose, Hemd, Vorhemd, 1 Paar Hosenträger.

Paderborn, 24. D...

Der Erste ...

Taschenla

in allen Preis — mit Metallfaden

Batteri

nur beste ausge Qualität.

Benzin- und Luntenf Ersatzsteine und

Joh. Wilh. S

Telefon 558. Paderborn.

Geld gegen Rückz verleih

H. Blume, Ham

Neue und gebr

Piano Flüge Harmoni

sind noch in Auswahl vor Freie Lieferung quemen Bedin auch gegen anleihe.

Roth & Ju

Hof-Pia...